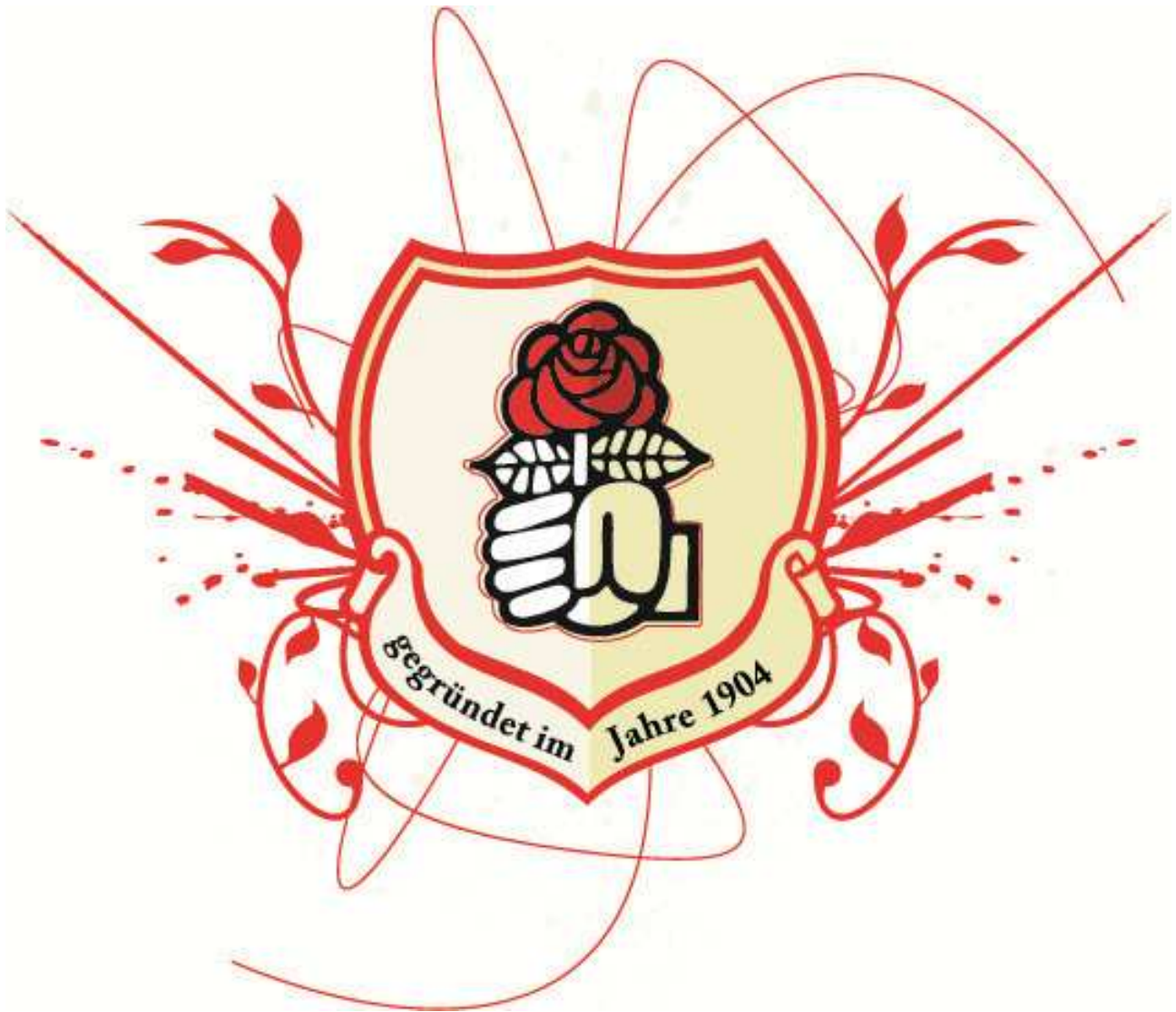


www.jusos-wuppertal.de

Antragsbuch/Unterlagen

Unterbezirkskonferenz
der JungsozialistInnen in Wuppertal



Wuppertal | Forum Robertstraße
29. Oktober 2011

Jusos
Wuppertal

Inhaltsverzeichnis

	Vorschlag für eine Tagesordnung	2
	Vorschlag für eine Geschäftsordnung	3
	Vorläufiger Ablauf	4
A1	Jusos Wuppertal: Werte wahren – Zukunft prägen	5
A2	Ganzheitlichkeit einmal anders	8
A3	Keine vorgezogene Kanzlerkandidatendebatte!	12
A4	Sprechen - Denken - Handeln	14
A5	Das Individuum denken wagen	25
B1	Kindergarten – Wachsen für ein gutes Morgen	30
B2	Inklusion nicht um jeden Preis	31
G1	Wahrung der Bürgerrechte auch im Internet!	32
I1	Europa: Gemeinsam, sozial und gerecht	33
I2	Zur Form des Gedenkens an 9/11	36
I3	Bezahlbare Lebensmittel für alle Menschen	38
K1	In Verantwortung für die Menschen – Sparen UND gestalten	45
K2	Binsenweisheiten muss man nicht zu Markte tragen. - Eben doch!	48
S1	Gemeinsame Verantwortung für individuelle Wege	49

Nach den Richtlinien der Jusos Wuppertal hat der Vorstand den Antragsschluss auf den 22. Oktober 2011 festgelegt.

Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht.

Die Gliederung der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar.

Dieses Antragsbuch geht euch gesondert per Mail zu, bzw. liegt satzungsgemäß in der Geschäftsstelle aus. Weiterhin ist es unter www.jusos-wuppertal.de

Impressum

Herausgeber
Jusos Wuppertal
Robertstraße 5a
42107 Wuppertal

Verantwortlich:
Cyril Eschweiler
Andreas Helsper

Vorschlag einer Tagesordnung

- 1) Begrüßung
- 2) Wahl einer Versammlungsleitung
- 3) Beschluss über eine Tagesordnung
- 4) Beschluss über eine Geschäftsordnung
- 5) Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 6) Grußwort Dietmar Bell, Vorsitzender SPD Wuppertal
- 7) Rechenschaftsbericht des Juso-Unterbezirksvorstandes
- 8) Wahl des Juso-Unterbezirksvorstands
 - a) Wahl eines / einer Vorsitzenden
 - b) Festlegung der Zusammensetzung des Vorstandes
 - c) Festlegung der Zahl weiterer Vorstandsmitglieder
 - d) Wahl weiterer Vorstandsmitglieder
- 9) Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeskonferenz
- 10) Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesausschuss
- 11) Benennung eines Regio-Beauftragten
- 12) Antragsberatungen
- 13) Schlusswort des / der neuen Juso UB Vorsitzenden

Vorschlag einer Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder der Unterbezirkskonferenz (UBK) sind alle Wuppertaler Jusos laut Auszug Mitgliederdatei.
2. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmmehrheit gefasst, sofern die Richtlinien oder andere Satzungen nichts anderes bestimmen.
3. Initiativanträge können nur aus aktuellem Anlass gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist nicht absehbar war. Antragschluss für Initiativanträge ist eine Stunde nach Beginn der UBK. Initiativanträge sind dem Präsidium schriftlich einzureichen. Sie müssen von mindestens 20% der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder der UBK unterzeichnet sein.
4. Vor der Diskussion erhält der oder die AntragstellerIn das Wort.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner kann auf Antrag auf 3 Minuten begrenzt werden. Sie erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort.
6. In der Diskussion um den Rechenschaftsbericht erhält der Juso Unterbezirksvorstand außer der Reihe das Wort.
7. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Sie sind sofort zu behandeln. Die AntragsstellerInnen erhalten außerhalb der Reihenfolge der sonstigen RednerInnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt 3 Minuten. Die Abstimmung erfolgt nach Rede und Gegenrede. Es wird über jeden Änderungsantrag abgestimmt.
8. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission prüft die Anwesenheit und Stimmberechtigung und zählt bei Abstimmungen und Wahlen aus.
9. Die Wahlen erfolgen nach den Bestimmungen der Wahlordnung der SPD und den Richtlinien der Jusos.
10. Die UBK wird von einem Präsidium geleitet. Das Präsidium legt das Sitzungsprotokoll spätestens 14 Tage nach der UBK dem Juso Unterbezirksvorstand vor.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss eines Tagesordnungspunktes zulässig.
12. Im Konferenzraum gilt Rauchverbot. Nach jeweils einer Stunde kann eine Raucherpause stattfinden.
13. Handys sind während der Konferenz stumm zu schalten. Telefonieren ist im Versammlungsraum untersagt.

Ablaufplanung

- 14:00 Uhr Begrüßung
- 14:05 Uhr Konstituierung der Konferenz
- 14:15 Uhr Grußwort Dietmar Bell, Vorsitzender der SPD Wuppertal
- 14:30 Uhr Rechenschaftsbericht des Juso-Unterbezirksvorstands
Aussprache zum Rechenschaftsbericht
- 15:00 Uhr Antragsberatung
- 15:15 Uhr Wahl der/des Unterbezirksvorsitzenden
- 15:30 Uhr Festlegung und Wahl weiterer Vorstandsmitglieder
Pause
- 16:00 Uhr Antragsberatung
- 16:30 Uhr Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeskonferenz
Antragsberatung
- 17:00 Uhr Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesausschuss
Antragsberatung
- 17:30 Uhr weitere Wahlen und Benennungen
- 17:45 Uhr Schlusswort der/des neuen Vorsitzenden
- 18:00 Uhr Ende der Konferenz

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 **Jusos Wuppertal: Werte wahren – Zukunft prägen!**

4

5 Als politische Jugendorganisation in Wuppertal werden wir auf der Basis unserer Grundwerte
6 – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - die politischen Geschehnisse in Wuppertal maßgeb-
7 lich prägen. Mit diesem Selbstverständnis werden wir eine Anlaufstelle für engagierte junge
8 Menschen sein, die verändern und gestalten wollen. In Zusammenarbeit mit unserer Partei,
9 werden wir uns konstruktiv mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vernetzen so-
10 wie gemeinsam Veranstaltungen und Projekte durchführen. Die Nähe zu den Gewerkschaften,
11 Organisationen, Verbänden und anderen politischen Jugendorganisationen vor Ort wer-
12 den wir auf der Grundlage eines basisorientierten, offenen und kritischen Dialoges bewusst
13 suchen.

14

15 In Zeiten wachsender Bedeutungslosigkeit und Profillosigkeit, bedingt durch die große Koope-
16 ration im Stadtrat, werden wir uns in diesem Verständnis auch in der politisch inhaltlichen und
17 personellen Aufstellung der SPD Wuppertal aktiv engagieren. Dabei sehen wir unsere Partei
18 in der Pflicht, ein durchdachtes Bildungs- und Veranstaltungskonzept anzubieten.

19

20 **Organisation**

21

22 Wir wollen Angebote für alle jungen und interessierten Menschen schaffen und dabei den
23 Fokus auf Inhalte lenken. Neben unseren regelmäßigen Themensitzungen, die sich an den
24 Themenschwerpunkten „Bildung“, „Gesellschaft“, „Rechtsextremismus“ und „Haushaltsslage
25 Wuppertal“ orientieren werden, gründen wir themenspezifische Arbeitskreise, die eine inhaltli-
26 che Vertiefung leisten sollen. Fest vorgesehen sind Arbeitskreise zu den Themen Bildung,
27 Europa und Öffentlichkeitsarbeit. Die Vernetzung mit der Juso-HSG Wuppertal werden wir
28 über die Politbar vorantreiben. Zudem soll in Zukunft die Regioarbeit stärker fokussiert und
29 vertieft werden.

30

31 Zusätzlich soll neben der Politbar der Jusos Wuppertal auch das Juso-Kino als regelmäßige
32 Veranstaltung etabliert werden.

33 Für interessierte Jugendliche in Wuppertal wollen wir mit einer regelmäßigen Sprechstunde
34 die Möglichkeit bieten, sich unmittelbar und persönlich mit Anliegen, Anregungen und Wün-
35 schen an uns zu wenden. Ziel soll und muss es sein, als Ansprechpartner und Kümmerer für
36 Belange der jungen Generation in Wuppertal wahrgenommen zu werden.

37

38 In diesem Zusammenhang werden wir unsere Publikationen und Veranstaltungen stärker in
39 der Öffentlichkeit verankern. Um die eigenen Mitglieder aber auch Externe über unsere Arbeit
40 zu informieren, müssen wir regelmäßige Pressemitteilungen zu unseren Veranstaltungen und
41 aktuellen Ereignissen veröffentlichen. Ein wichtiges Instrument ist die eigene Homepage, de-
42 ren Inhalte wir stärker und regelmäßiger pflegen werden. Ein weiteres Mittel hierzu ist der mo-
43 natliche Newsletter, der als kurze Informationsmöglichkeit gedacht ist. Zudem ist es für unsere
44 öffentliche Wahrnehmung wichtig, zu aktuellen Themen in Wuppertal und Nordrhein-
45 Westfalen Stellung zu nehmen und kritisch zu begleiten.

1 Bildungsarbeit

Politische Bildung ist eine zentrale Aufgabe der Jusos Wuppertal. Neben der reinen Information stehen zukünftig eigene Bildungs- und Beteiligungsangebote im Vordergrund. Diese werden wir in Zusammenarbeit mit der Kommunal-, Landes- und Bundesebene der Jusos und der SPD nach und nach etablieren. Wir werden bearbeitete Themen und Inhalte in Positionspapieren fixieren und weiter entwickeln. Unser Anspruch ist es, aus Wissen auch konkretes Handeln abzuleiten. Außerdem soll ein Forum geschaffen werden, in dem neben den aktuellen politischen Themen die Möglichkeit besteht, sich über Vorträge und Referate zu verschiedenen Themen zu informieren.

Themen

1. Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Wuppertal

Null Toleranz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, lautet die Devise unserer Arbeit. Wir, die Jusos Wuppertal, werden uns aktiv gegen das Naziproblem in Wuppertal engagieren. Probleme mit Rechtsextremismus in den einzelnen Stadtteilen können nur in einer intensiven Zusammenarbeit mit den örtlichen Strukturen effektiv angegangen werden. Dabei soll eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppierungen und Jugendverbänden erfolgen, die sich genauso im Kampf gegen rechts engagieren, aber sich von jeglicher Gewalt distanzieren. Auch soll eine Initiative der Wuppertaler Parteijugenden in Angriff genommen werden, um auf das Problem aufmerksam zu machen und couragiert gegen die sich immer weiter verstärkenden Nazis öffentlichkeitswirksam vorzugehen. Es gilt der Grundsatz: Jede Form von Gewalt wird von uns abgelehnt.

2. Unsere Bildungspolitik

Eine weiterhin ungerechte und unchlässige Bildung, die nicht alle Menschen gleichermaßen fördert, ist auch in unserem Bundesland an der Tagesordnung. Wir wollen allgemeinbildende und integrierte Schulen in NRW und Wuppertal als Instrument für Gerechtigkeit in der Bildung. Mit dem aktuell geschlossenen Schulkonsens in NRW bis 2023 werden wir uns kritisch auseinandersetzen und überprüfen, welche Folgen für Wuppertal resultieren. Ziel muss es sein alle Schülerinnen und Schüler individuell und optimiert zu fördern. Pflicht ist es, dass endlich die sechste Gesamtschule in Wuppertal eröffnet wird und sich dieser, noch weitere Gesamtschulgründungen anschließen. Andere Konzepte zur Bildungsoptimierung wie z.B. herkunftssprachlicher Unterricht und offene Ganztagsangebote sind für uns ebenso wichtige Themenfelder, die es zu bearbeiten gilt.

3. Zukunft für Wuppertal – unsere Gesellschaft von Morgen

Fragen der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, des demographischen Wandels, sozialer Missstände und von Armut in unserer Stadt, sind weitere Bausteine unseres inhaltlichen Fundaments. Der Vertiefung dieser Themen wollen wir uns mit thematischen Veranstaltungen widmen. Wuppertal ist bunt und Wuppertal muss weiterhin handlungsfähig bleiben. Die unverschuldete Finanznot unserer Stadt stellt uns vor große Herausforderungen. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist für uns ein zentrales Instrument zur Rückgewinnung von Handlungsspielräumen. Wir lehnen eine Politik ab, die durch ideenloses Kaputtsparen Ressourcen, Strukturen und Gestaltungsmöglichkeiten schon im Ansatz gefährdet. Deshalb werden wir die Diskussion um Einsparungen und Kürzungen, höchst kritisch begleiten. Wir wollen kreative und innovative Vorstellungen und Ideen in die Gesellschaft tragen und sie nicht einer verfehlten Sparpolitik opfern und so die Innovationskraft lähmen. Außerdem fordern wir eine

- 1 zukunftsgerechte Politik, die auch sich selbst in Verantwortung nimmt und einen eigenen Beitrag leistet.
- 2



Antragsteller: Helge Lindh
Ganzheitlichkeit einmal anders

Unterbezirkskonferenz
Wuppertal
29. Oktober 2011

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 **Ganzheitlichkeit einmal anders – Für mehr interdisziplinäres,** 2 **transdisziplinäres und integriertes Denken im politischen Raum**

3
4 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

5
6 Wir Jusos mögen zukünftig verstärkt und systematisch unsere politische Praxis
7 gesellschaftlicher Analyse, programmatischer Weiterentwicklung und tastenden Entwurfes
8 von Handlungsalternativen von einem integrierten, interdisziplinären, universalistischen
9 Politikansatz anleiten lassen und fordern die verschiedenen Gliederungen von Jusos und
10 SPD auf allen Ebenen auf, ebenso zu verfahren.

11
12 Das Ensemble von funktionaler Differenzierung, Arbeitsteilung und Spezialisierung ist ein
13 Signum der modernen Ära. Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Staat, Kultur, tertiärer Sektor
14 sind als eigenständige, geschlossene, selbstreferentielle Systeme mit je eigenen disziplinären
15 Funktionslogiken darstellbar, mit denen ein ausgeprägtes Spezialistentum, jeweils
16 hochspezifiziertes Fachwissen und eigene Apparate einhergehen. Innerhalb des politischen
17 Systems und der politischen Parteien wiederum wiederholt sich aus gutem Grunde diese
18 Gliederung in Ressorts und Unterdisziplinen. FachpolitikerInnen bearbeiten jeweils ihre Felder
19 der Innen-, Außen-, Sozial-, Wirtschafts-, Finanz-, Gesundheits-, Bildungs-, Energie-, Umwelt-
20 , Entwicklungs-, Kultur-, Verbraucherpolitik etc. Die ausgeprägte Spezialisierung macht
21 wenigstens zweifach Sinn:

- 22 a) Die schiere Komplexität der Materie und das exponentielle Wachstum des
23 Fachwissens lassen eine Herausbildung inhaltlicher Kernkompetenzen derart
24 zwingend erforderlich erscheinen, dass sie aber ob der Fülle des Materials schon
25 wieder Zweifel an der Beherrschbarkeit einzelner Fachgebiete und die
26 Notwendigkeit anderer Kompetenzen und Verfahren des Wissensmanagements
27 naheulegen beginnen.
- 28 b) Es macht durchaus Sinn, Lobbyismus in Sachen des jeweiligen Ressorts zu
29 forcieren und zu wünschen, um eben dieser Perspektive – sei sie beispielsweise
30 gesundheitspolitischer Art – im Konzert der verschiedenen Politiken Geltung zu
31 verschaffen, auch wenn damit „naturbedingt“ die Vernachlässigung bestimmter
32 externer Effekte, Kosten und Kriterien einhergeht.

33
34 Der Zustand der Differenzierung dokumentiert sich auch und treibt gelegentlich sein Unwesen
35 im Antragswesen von Konferenzen, Kongressen und Parteitagungen, welches Anträge den
36 Politikfeldern gemäß mehr oder weniger fein systematisiert und auch entsprechende
37 Erwartungen an die Antragstellenden weckt.

38 Es ist jedoch sichtbar, dass im Zuge dieser Spezialisierungs- und Disziplinierungsprozesse
39 sich ein Defizit hinsichtlich universalistischen, grenzüberschreitenden Denkens und ein
40 Mangel an Aufmerksamkeit für das Ineinandergreifen, die Wechselwirkungen und die
41 Zusammenhänge der Konzepte und Maßnahmen unterschiedlicher Ressorts herausgebildet
42 haben.

43 Gerade das Phänomen der Globalisierung wie auch aktuelle Entwicklungen der Weltfinanz-
44 und Schuldenkrise oder auch energiepolitische Fragestellungen machen wie durch ein

1 Brennglas die Erfordernis nicht nur transnationalen, aber auch inter-, transdisziplinären und
2 integrierten Denkens und Entscheidens augenfällig.
3 Interdisziplinarität unterliegt im Sinne des Antrages einer engen, strengen Definition. Nicht ein
4 Nebeneinander und Addition von Ergebnissen, aber echte Kooperation einschließlich des
5 Austausches von Methoden, Resultaten und Perspektiven ist gewollt.
6 Pragmatisch Trennbares und im Alltagsgeschäft zunächst einmal reibungslos und effizient
7 Getrenntes offenbart auf einer höheren Ebene seine Nicht-Trennbarkeit. Die Apparate
8 funktionieren für sich, erzeugen jedoch Ergebnisse, die für andere Politikfelder und andere
9 Ausschnitte der Gesellschaft umso folgenreicher sind oder sein können, im – moralisch
10 gesagt - Guten wie im Bösen.
11 Europa- und finanzpolitische Maßnahmen zeitigen erhebliche Auswirkungen auf die
12 Sozialpolitik und ihre Bedingungen in den Ländern. Das Thema „soziale Gerechtigkeit“,
13 bisweilen scheinbar exklusiv im Ressort Sozialpolitik „geparkt“, erweist sich als ein für
14 Strategien der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit spannender, hilfreicher und
15 Erkenntnis fördernder Gesichtspunkt. Die Interdependenzen von Bildungs-, Gesundheits-,
16 Sozial- und Arbeitsmarktpolitik treten spätestens dann überdeutlich zutage, wenn man sich
17 vor Augen führt, dass ihre Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Menschen derart
18 interdependent sind, dass nur sie zusammen die Bedingungen dieser einen Wirklichkeit
19 ausmachen.

20 21 **Zur Illustration**

22
23 Gesamtgesellschaftlich zeigen sich vermehrt Symptome eines Unbehagens an der Logik
24 isolierter Spezialdisziplinen, Gegenmaßnahmen sind oder werden bereits eingeleitet.
25
26 Vernünftige Städteplanung bezieht von Beginn an ökologische, soziale, Mobilitäts-,
27 Gesundheits- und Quartiersmanagementperspektiven ein.
28 Im Wissenschaftssystem ist Interdisziplinarität inzwischen längst und vermutlich dauerhaft „en
29 vogue“. Die Segmentierung in Einzelwissenschaften hat sich bei einer Fülle von
30 Fragestellungen als der Wirklichkeit gegenüber unterkomplex erwiesen und zwecks
31 Erkenntnisfortschrittes die Kooperation zwischen Disziplinen sowie regelrecht
32 institutionalisierte Formen der Trans- und Interdisziplinarität stimuliert.
33 Das Wuppertal Institut beschäftigt sich intensiv mit der sog. „Großen Transformation“ als der
34 fundamentalen „Begleiterscheinung“, die eben nicht bloßer kollateraler Effekt, aber
35 gesamtgesellschaftliche Transformation infolge der aus innerer Notwendigkeit erfolgenden
36 energiepolitischen Wende, welche inzwischen auch die Weihen bundespolitischer
37 Beschlusslage empfangen hat, ist. Ausgehend von einem Übergang im Sektor der
38 Energieversorgung mit unmittelbarer klimapolitischer Referenz stehen immense ökonomische
39 Restrukturierungsprozesse bevor. Grundlegende Wandlungen des Verbraucherverhaltens
40 wie auch Umdefinitionen der Begriffe „Lebensqualität“, „Fortschritt“ und „Wachstum“ scheinen
41 gleichermaßen notwendig wie erwartbar. Eine weitere noch zu beantwortende Frage im Zuge
42 dieser wechselseitigen Weichenstellungen ist die nach der Verteilung der sozialen Lasten und
43 sozialen Ausgewogenheit des Transformationsprozesses, die von dem Willen oder Nicht-
44 Willen zu politischer Ausgestaltung abhängt.
45 Interdisziplinär und kooperativ orientierte Arbeits- und Bürogemeinschaften von
46 Unternehmen, die gegenseitige Ressourcen nutzen und Kompetenzen untereinander
47 vermitteln, entstehen. Ein allgemeiner Trend vom Besitzen weg hin zum gemeinsamen
48 Nutzen nach Bedarf beginnt sich langsam abzuzeichnen.

1 Im Bereich der Medizin sind beispielsweise auf dem Feld der Onkologie interdisziplinär
2 beratende und Therapien entwickelnde Ärztekongresse der Goldstandard.
3 In Parteiprogrammen und Positionspapieren tauchen nicht zufällig gehäuft Ausdrücke wie
4 „aus einer Hand“, „aus einem Guss“ oder das Epitheton „integriert“ auf und verleihen damit
5 einem Desiderat Ausdruck.
6 Die Bündelung und Vernetzung unterschiedlicher kommunaler Hilfsangebote, etwa im
7 Bereich der Alleinerziehendenberatung, sind dem Bestreben nach einer Optimierung der
8 Betreuungssituation und der Ausschöpfung von Synergieeffekten geschuldet.
9 Inklusion und Integration werden ostentativ als Querschnittsaufgaben tituliert. Wirksame,
10 sinnvolle und Spuren, gewünschte Spuren hinterlassende Integrationspolitik und -
11 gesetzgebung ist nur durch den Einbezug und die Zusammenarbeit aller Ressorts, die
12 ihrerseits annähernd die unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen
13 Integration befördert werden soll, abbilden, vorstellbar. Auf dieser Einsicht beruht auch das
14 Grundkonzept eines nordrhein-westfälischen Integrationsgesetzes, sowohl auf der Ebene der
15 Ergebnisse und Ziele als auch auf der Verfahrensebene gemeinschaftlicher Ergebnis- und
16 Zielfindung.
17 Monitoring und Evaluation von Projekten unterschiedlichster Fachgebiete machen ineffiziente
18 und dysfunktionale Parallel- und Doppelstrukturen kenntlich, so dass einem Überangebot in
19 bestimmten Bereichen Mangel und Unterversorgung in anderen gegenüberzustehen drohen.
20 Manche Projekte vollziehen sich nebeneinander, ohne dass die einen von den anderen
21 wüssten oder Gedanken- und Methodenaustausch stattfände. Innerhalb der Gesamtheit
22 durchaus erfolgreicher und funktionierender Projekte finden sich vereinzelt auch solche, die
23 sich ihren Bedarf selber schaffen oder ihre Existenz primär dem Vorhandensein und den
24 Kriterien spezifischer Fördermittelvergaben verdanken.
25 Integrierte Politikansätze zeichnen sich weiterhin durch eine Grundskepsis gegenüber
26 kurzzeitigem und kleinteiligem Denken aus. Dieses steht langfristig-nachhaltigen und
27 strukturellen Zugängen, Problem- und Lösungsmodellen im Wege, wird aber durch die
28 Taktierung des politischen Geschäftes durch Wahlen und damit einhergehendes Gewählt-
29 werden-Wollen eher beschleunigt denn gebremst.
30 Als eine zentrale aus ihrem vor allem zum Zwecke des Kennenlernens von Ansätzen
31 präventiver Sozialpolitik unternommenen Kanadabesuch gewonnene Botschaft bezeichnete
32 Hannelore Kraft auf dem Landesparteitag 2011 der NRWSPD in Mühlheim a.d.R. die
33 Selbstbeschreibung seitens ihrer kanadischen Gesprächspartner, früher hätten sie Projekte in
34 Kommunen und Stadtteilen gemacht, heute machten sie Kommunen und Stadtteile zu ihren
35 Projekten.
36 Der Appell an die Ratio interdisziplinären und universalistischen Denkens fühlt sich unbedingt
37 auch systemischem Denken verpflichtet.
38 Wenn die Tafeln, um ein letztes, sehr kontroverses Beispiel zu bemühen, Orte der Produktion
39 von Humanität und der Hingabe an andere sind, so sind sie aus strukturellem Blickwinkel
40 auch ein Ausdruck des Sich-Abfindens mit Armut qua Armutsabmilderung. Ihr Bestehen und
41 Fortdauern beruht auf dem Bestehen eines ganzen Sektors verstetigter Armut und Exklusion.
42 Die „Paradoxie, gleichzeitig gegen ein Elend anzukämpfen, dieses aber auch zu benötigen,
43 um erfolgreich dagegen ankämpfen zu können, ist die grundsätzlichsste Ungereimtheit, die mit
44 der Welt der Tafeln verbunden ist.“¹
45
46

¹ Stefan Selke, Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster 2008, S.218f.

1 **Ganzheitlichkeitscheck**

2

3 Die Schlussfolgerung eines Umdenkensprozesses entsprechend der im Antrag skizzierten
4 Richtung resultiert aus der schlichten Beobachtung, dass Verflechtung und Verwobenheit auf
5 der Ebene der Realität, des Analysandums, statthaben und auf der Ebene der politischen
6 Methoden und Maßnahmen, des Analysans, bei aller pragmatischen Notwendigkeit zu
7 arbeitsteiliger Spezialisierung, nachvollzogen werden müssen.

8 Die Stadt Wuppertal hat sich 2010 ein „Handlungsprogramm Demographischer Wandel“
9 verordnet, das auch als eine Form des Demographie-Checks, der Handlungsleitlinien für alle
10 kommunalpolitischen Handlungsfelder entwickelt und mögliche resp. geplante Maßnahmen
11 antizipierend auf ihre demographiepolitische Relevanz hin befragt, bezeichnet werden könnte.
12 Insofern wäre es nicht unangemessen, die Ausgangsforderung so umzuformulieren: Wir
13 empfehlen „der Politik“ und damit auch uns im Rahmen unserer Möglichkeiten, sich einen
14 „Interdisziplinaritätscheck“ oder „Ganzheitlichkeitscheck“ zu verordnen.

15 Dieser Check erfolgt realistischere Weise dreistufig:

- 16 1. Mindest- und Startvoraussetzung ist die Sensibilität für Effekte und Nebenwirkungen -
17 unerwartete, unerwünschte, unbedachte - einzelner fachpolitisch induzierter
18 Handlungen für andere Politikfelder und Disziplinen.
- 19 2. In einem weiteren Schritt gilt es, von der passiven in die aktive Rolle
20 hinüberzuwechseln und solche Effekte bewusst und reflektiert zu nutzen oder zu
21 vermeiden und zwischen den Ressorts zu koordinieren.
- 22 3. Die dritte, anspruchsvollste Stufe, der – mit aller Vorsicht – Idealzustand, würde durch
23 eine wirklich ab ovo den mühevollen Weg der integrierten und
24 disziplinenübergreifenden Wahrnehmung, Planung und Entscheidung beschreitende
25 Praxis erreicht, die regelmäßig die Hilfsleiter des fachspezifischen Nebeneinander
26 fallen zu lassen bereit ist.

27

28

29 **Begründung:** erfolgt ggf. mündlich.

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Dass sich die Jusos Wuppertal auf nächsthöheren Instanzen für eine Verschiebung der auf-
4 geflammten Kanzlerkandidatendebatte stark machen und sich gegen destruktive und unsach-
5 liche Kritik an den möglichen Kandidaten stellen. Im Besonderen ersuchen wir den Bundes-
6 vorstand und insbesondere den Bundesvorsitzenden um mehr Zurückhaltung in dieser Frage.

7

8 Begründung:

9

10 Sehen wir von dem unwahrscheinlichen Szenario vorzeitiger Neuwahlen ab, so ist der näch-
11 ste Umengang im Jahr 2013. Genug Zeit für uns Sozialdemokraten, einen Kandidaten aus
12 unseren Reihen zu bestimmen, der das Format und die Persönlichkeit besitzt, der nächste
13 sozialdemokratische Kanzler Deutschlands zu werden.

14

15 Es ist definitiv im Herbst 2011 nicht der richtige Zeitpunkt, um Personaldebatten jeglicher Art
16 zu führen.

17

18 Am 25.9.2011 tickerte jedoch harsche Kritik am ehemaligen Finanzminister und ehemaligen
19 Ministerpräsidenten von NRW Peer Steinbrück durch die Medien. Insbesondere äußerte sich
20 auch hier der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt, der in rauem Tonfall über Steinbrück
21 und seine Beziehung zur Partei herfiel. „Peer Steinbrück verachtet die Partei und bezeichnet
22 ihre Funktionäre gem als Heulsusen.“, wurde Vogt beispielsweise im SPIEGEL zitiert. Weiter
23 gibt Vogt zu Protokoll, dass eine Kandidatur Steinbrücks die „Partei tief spalten“ würde und ein
24 „Großteil der Mitglieder“ nicht hinter ihm stehen würde.

25

26 Unter Ausklammerung einer näheren inhaltlichen Bewertung der Äußerungen ist darauf hin-
27 zuweisen, dass die Kritik in Form und Schärfe unangebracht war. Wir sollten als Sozialdemo-
28 kraten nicht erneut mit innerparteilichen Streitigkeiten unseren Weg aus der Krise gefährden,
29 sondern vielmehr geschlossen gegen die schwache liberal-konservative Regierung stehen,
30 nur dann bieten wir eine echte Alternative bei der kommenden Bundestagswahl. Andernfalls
31 würde bei einer Ausweitung der Streitigkeiten zur Kanzlerfrage die Glaubwürdigkeit der SPD
32 massiv in Mitleidenschaft gezogen.

33

34 Mit seiner Kritik hat der Juso-Bundesvorsitzende nicht nur dem Kandidaten Steinbrück ge-
35 schadet, sondern der ganzen Partei einen unnötigen Nadelstich versetzt.

36 Außerdem ist problematisch, dass die Kritik durch Vogts Auftreten als Mitglied des Bundes-
37 vorstandes als Position der Jusos gewertet werden konnte. Eine solche Position war aller-
38 dings niemals beschlossener Standpunkt der Jusos.

39 Dass wir Jungsozialisten als Impulsgeber unserer Partei auch kritisieren sollen und müssen,
40 steht außer Frage. Diese Kritik sollte sich jedoch auf sachliche Argumente stützen und außer-
41 dem dem Attackierten keinen Reputationsschaden zufügen. Die künstlich hochstilisierte Ent-
42 fremdung Steinbrücks mit der Partei ist eine solche Beschädigung, die sowohl dem Kandida-
43 ten als auch der Partei Probleme bereiten kann.

44

45 Da die Debatte zeitlich deplatziert und zum jetzigen Zeitpunkt durchaus kontraproduktiv ist,
46 sollte sie erst im Herbst des nächsten Jahres angegangen werden.

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir beantragen mit Augenzwinkern, mehr Sorgsamkeit im Umgang mit sprachlichen und
4 sonstigen politischen Gewohnheiten walten zu lassen.

5

6 Begründung: [erfolgt ggf. mündlich durch]

7

8 Die mehr oder weniger Zehn Gebote *oder* Das Glaubensbekenntnis *oder* Das Hohelied *oder*
9 Die inflationsbereinigt 95 Thesen moderner Politik, je nachdem:

10

11

12 ***Mir geht's heute wieder 'mal nicht gut.***

13 ***Was hast Du denn? Hast Du Rücken?***

14 ***Ach, ich habe SPD.***

15

16

17 **Die mehr oder weniger Zehn Gebote *oder* Das Glaubensbekenntnis *oder* Das**
18 **Hohelied *oder* Die inflationsbereinigt 95 Thesen moderner Politik, je nachdem**

19

20

21 **PRÄAMBEL**

22

23 **I.**

24 **Wissen wir, was wir tun?**

25

26 **Wer sind wir und wenn ja, wie viele?**

27

28 **Werfen wir deshalb den ersten Stein?**

29

30 **Wird Vater uns, auch wenn wir wissen, was wir tun, vergeben?**

31

32 **Wer ist Vater?**

33

34

35 **II.**

36 **Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.**

37

38

39

40 Wir hab'n 'n *guten* Job gemacht.

41

42 Wir sind besser aufgestellt.

43

44 Wir spielen in der besten Champions League.

45

46 Wo wir einen Erstaufschlag machen, da wächst kein Grashalm mehr.

- 1
2 Wir sind trotz dieses Wordings Best Practice.
3
4 Das muss aber erst noch kommuniziert werden.
5
6 Unsere Leistungen, die wir tragen – denn wir sind Leistungsträger -, lassen sich nicht
7 abbilden, sondern nur darstellen.
8
9 Darstellen können wir.
10
11 Wir bewegen die Themen, damit nicht die Themen uns bewegen, denn wir sind
12 unbeweglich.
13
14 Unbeweglichkeit bedeutet nicht gleich Stillstand.
15
16 Stillstand ist bekanntlich der Tod.
17
18 Offensichtlich aber leben wir.
19
20 Wir leben die Globalisierung, überall und jederzeit.
21
22 „Think locally, act globally“, lautet unsere Devise.
23
24 Globalisierung heißt globales Dorf, auf Deutsch: Weltdorf.
25
26 In unseren Dörfern sind wir weltberühmt.
27
28 Wir wissen alles – und zwar besser.
29
30 Wir sind alternativlos.
31
32 Andere suchen ihn, wir *sind* der Markenkern.
33
34 Wir schwimmen gerne.
35
36 Wir sind Fische im eigenen Netz.
37
38 Wir sind das Netz.
39
40 Netzwerken können wir.
41
42 Wir sind 1.0, 2.0, 3.0.
43
44 Wir sind das Volk.
45
46 Wir sind ein(ig) Volk.
47
48 Loyalität ist unser Mantra.
49
50 Das wir mit unserem Karma auf Linie gebracht haben, bis auf Weiteres.

- 1
2 Wir sind politisch, denken politisch, essen politisch, schlafen politisch, träumen politisch,
3 küssen politisch, lieben politisch, atmen politisch.
4
5 Wir sind Macher.
6
7 „Macht“ kommt von „machen“ oder vom Machen.
8
9 Wir sind mächtig.
10
11 Beziehungsweise: Wir machen alles.
12
13 Wir sind allmächtig.
14
15 Wir sind Entscheider.
16
17 „Entscheidung“ kommt von „entscheiden“ oder vom Entscheiden.
18
19 Wir sind entschieden.
20
21 Wir ist, hm, sind Individualisten.
22
23 Engagement ist bei uns ausdrücklich erwünscht, aber wehe, wenn.
24
25 CORRECTION: Engagement ist bei uns ausdrücklich erlaubt.
26
27 Wir haben das Herz am *rechten* Fleck.
28
29 Wir haben den Fleck am *rechten* Herz.
30
31 So oder so, im Zweifelsfall haben wir auf jeden Fall *recht*.
32
33 Unser Blick ist strikt nach vorne gerichtet, deshalb tragen wir auch Scheuklappen.
34
35 Wir sind unsere eigene Vergangenheit, die wir ständig bewältigt haben.
36
37 Unsere Kinder sind die Zukunft.
38
39 Wir sind unsere Kinder.
40
41 Also sind wir unsere Zukunft.
42
43 (Große) Kinder spielen gerne (kleine) Spielchen.
44
45 In diesem Sinne sind wir Player.
46
47 Wir sind Energiesparlampen, formschöne Anmutung, niederenergetisch, leicht giftig,
48 schwer abbaubar.
49
50 Insofern sind wir nachhaltig.

1
2 Apropos Nachhaltigkeit.
3
4 Einfache und bescheidene Arbeiter im Weinberg des Herrn, in hiesigen Gefilden eher
5 einfache und bescheidene Forstwirte in des Herrn Forsten führen wir uns nur noch
6 gelegentlich maßvoll auf wie die Axt im Walde gegenüber einzelnen Bäumen, die wir vor
7 lauter Wald ohnehin nicht sehen.
8
9 Außerdem, abgesehen von dem ganzen Wiederaufforstungs- und
10 Nachhaltigkeitsgedöns, erhalten wir nicht einmal den biblischen Mindestlohn und fristen
11 vielmehr, notorisch prekär beschäftigt, unwiderruflich auf Abruf in Zeitarbeit unser Dasein.
12
13 Auf dem Ansitz anhockend harren wir stattdessen viel lieber des nächsten Bockes, den
14 wir mal wieder zielgenau schießen könnten.
15
16 Mit Vorliebe eines uns genossenschaftlich verbundenen.
17
18
19
20 Wir sind die Antwort.
21
22 Auf welche Frage?
23
24 Wir sind die Antwort.
25
26 Wir nehmen Transparenz so ernst, dass man uns durchschauen kann.
27
28 Ressourceneffizienz fängt bei den Silben an.
29
30 Wir haben also keine Bedürfnisse mehr, sondern nur noch Bedarfe.
31
32 Wir sind zielführend, zeit- und bildungsnah.
33
34 Wir sind zielführend, zeitnah und bildungsfern.
35
36 Wir sind zielführend, zeitfern und bildungsnah.
37
38 Denn wir sind bedarfsorientiert.
39
40 Wir sind aus Überzeugung Anpasser: Wenn die Wirklichkeit nicht passt, wird die
41 Wirklichkeit passend gemacht.
42
43 Den Finger immer am Puls der Zeit! Daher gilt: Wir machen einfach unser Ding.
44
45 Demut ist definitiv nicht unser Ding!
46
47 Alliterationen allerdings auch nicht.
48
49 Vor lauter Reformen ist unsere Popularität irgendwie im Stau steckengeblieben.
50 „Reformstau“ nennt das die Journaille.

- 1
2 Wir lassen ergebnisoffen die Möglichkeit prüfen, den Standstreifen zeitweilig in eine vierte
3 Fahrspur umzuwidmen.
4
5 Sie soll „Dialog“ heißen.
6
7 „Dialog ist wichtig“, meint das Handbuch.
8
9 Bespaßen sollen sich die Bürgerinnen und die Bürger bzw. die Bürgenden gefälligst
10 selber.
11
12 Die Lage war immer schon zu ernst, um damit Ernst zu machen, uns selbst ernst zu
13 nehmen.
14
15 Im Vorsatz gedanklich bitte „zu ernst“ durch „ernst genug“ ersetzen!
16
17 Irren ist määhnschlich (menschlich).
18
19 Wir sind määhnschlich (menschlich), wenn auch nicht sterblich.
20
21
22 Aus Gerechtigkeitsgründen denken wir stets zunächst an den oder die anderen.
23
24 „Die Hölle, das sind die andren“, sagte schon dieser Franzose in „Geschlossener
25 Gesellschaft“, jenem erwähnten Handbuch.
26
27 Fußballtrainer haben seit 15 Jahren Philosophien, wir haben uns.
28
29 Existentielle Konflikte von Theorie und Praxis lösen wir als Tatmenschen sportlich-
30 pragmatisch-handfest:
31 Zwischen Seiendem und Sein liegen rein ontologisch immer noch die nächste Wahl und
32 der kommende Parteitag.
33
34 Als Fels in der Brandung stehen wir notgedrungen zu dem, was wir sagen.
35
36 Daher sagen wir vieles, aber nicht viel.
37
38 Die Wahrheit ist ein homöopathischer Globulus.
39
40 Überdosiert wirkt sie toxisch.
41
42 Wir müssen die Menschen vor sich selbst schützen. Sorgfaltspflicht!
43
44 Und deswegen dürfen wir nicht als ungelesener Beipackzettel enden.
45
46 Als gelesener ebenso wenig.
47
48 Man könnte uns ja mit den Nebenwirkungen verwechseln.
49

1 Gebrauchsanweisungen und Beipackzettel – das ist wie Himmel und Erde, Frankfurt und
2 Frankfurt, Tag und Nacht, K21 und S21.
3
4 Du, Ihr, Sie – sind das Leben, wir die Gebrauchsanweisung.
5
6 Wortwörtlich aus dem Altgriechischen übertragen.
7
8 Mehrere Übersetzungsbüros arbeiten an einem Positionspapier zum geschmeidigeren
9 Textfluss.
10
11 Geben und Nehmen – das ist der Kitt,
12 der diese Welt
13 im Innersten
14 zusammenhält.
15
16 Gebend und nehmend fördern und fordern wir die Gesellschaft.
17
18 Ihre Integrationsbereitschaft vorausgesetzt.
19
20 Das wird man doch wohl noch sagen dürfen.
21
22 Bildung ist das halbe Leben, Bildungspolitik die restliche Hälfte.
23
24 Gleiches gilt für „Ordnung“.
25
26 Ein Beispiel: die Perfektbildung im Deutschen, mit „Sein“ und „Haben“.
27
28 Wir sind, und wir haben.
29
30 Wir sind – eigentlich – aufgeräumt.
31
32 Wir haben freilich auch aufgeräumt.
33
34 Wir sind eine verdammt schwere Geburt.
35
36 Die schwersten Geburten bringen jedoch die schönsten Kinder.
37
38 Wir sind echt authentisch.
39
40 Unverständliches verständlich zu machen wäre nicht authentisch und keine
41 vertrauensbildende Maßnahme.
42
43 Weswegen wir es unverständlich lassen.
44
45 Liebe ist nur ein Wort.
46
47 Mehrheit ebenso.
48
49 Worte sind Schall und Rauch.
50

- 1 Wir sind generell unter Umständen für ein Rauchverbot.
2
3 Leidenschaft ist eine Eifersucht, die Leiden schafft, indem sie Eifer sucht.
4
5 Wir sind aber gemäßigt.
6
7 Natürlich sind wir gegen Eifer, gegen Leiden sowie gegen sämtliche Schäften und Süchte.
8
9 Wir sind naturstoned von uns selbst.
10
11 Wir sind hell und freundlich eingerichtet.
12
13 In gewissem Sinne haben wir uns somit auch in unseren Verhältnissen häuslich-wohnlich
14 eingerichtet.
15
16 Mit unserer Hands-on-Mentalität machen wir Euch nass und waschen Euch auf Wunsch
17 auch den Pelz.
18
19 Mit uns joggt die neue Zeit. Im Gleichschritt.
20
21 Walkte sie hinterher, käme sie demnach zu spät, bestrafte sie *das Leben* bzw. *sie* das
22 Leben.
23
24 Zweideutigkeit scheuen wir meistens nicht.
25
26
27 Als Vollblutpolitiker können wir Halbblüter nicht gebrauchen.
28
29 Blut ist ein ganz besonderer Saft.
30
31 „Mehrheitsfähigkeit“ steckt im Blut, ja, in den Genen, sagt offensichtlich die Lehrmeinung
32 seit September 2010.
33
34 In diesem Fall sind wir strikte Befürworter der Präimplantationsdiagnostik.
35
36 Über Herzfehler sehen wir geflissentlich hinweg.
37
38 Gerechtigkeit ist nicht alles, aber ohne Gerechtigkeit ist alles nichts.
39
40 Ob wir selbst gerecht oder selbstgerecht sind, ist eine Frage der Rechtschreibung.
41
42 Wir machen mittlerweile auf Bachelor.
43
44 Statt Gesinnungsaufsatz sind wir Multiple-Choice.
45
46 Frage: Wo wird Deutschlands Sicherheit nicht nur, aber auch verteidigt?
47
48 a) Im Eurokongress in Aachen am 11.09.2011.
49 b) Am Hindukusch.
50 c) Unterm, hinterm und am Stammtisch.

- 1 d) In Solidarität und Eigenverantwortung.
2 e) An der Spree.
3 f) Auf dem Frankfurter Parkett.
4 g) Im Vorratsdatenspeicher.
5 h) Auf dem Personalausweis.
6 i) Unterm Nacktscanner.
7 j) Auf Lampedusa.
8
9 Mehrfachankreuzungen sind zulässig.
10
11 Hier bei uns treffen sich täglich Menschen, die ihre politischen Neigungen gerne mit anderen
12 teilen möchten.
13
14 Auch wenn wir als Club himmlischer und irdischer Freuden kein Einwanderungsclub und
15 reichlich sichere Drittclubs in der Nachbarschaft beheimatet sind, pflegen wir eine romantisch-
16 intime Willkommenskultur.
17
18 Diskreter Eingang rechts hinten um die Ecke.
19
20 Vor Jahren haben wir bereits beschlossen, nicht mehr aktiv, aber aktivierend zu sein.
21
22 Wir haben die steife Brise der Flexibilisierung, den wind, nein, storm of change in die
23 Wohlfühloasen und sozialen Hängematten um uns herum getragen.
24
25 Wir sind das Auge dieses Sturmes, ruhend in uns selbst.
26
27 Jeder Haushälter weiß: Keine Aktiva ohne Passiva.
28
29 Wir plädieren für Goethe, gegen Schiller.
30
31 Wahrheit und Dichtung? Aber ja.
32
33 Naive und sentimentalische Dichtung? Um Gottes willen – weder noch.
34
35 Unsere Dichtung ist postnaiv-präpopulistisch-hemetische Prosa.
36
37 Ob Ihr wollt oder nicht, wir nehmen Euch alle mit, wir holen Euch alle ab, wo immer Ihr steht,
38 seid, sitzt, liegt, wegelagert, Euch versteckt, selbst wenn Ihr nicht *da* seid.
39
40 Erst einmal angekommen, sind wir *da* ganz bei Euch.
41
42 Bei uns zu sein bleibt noch Ewigkeit genug.
43
44 Auf Partikularinteressen, werte Eigenbrötler und AlleingängerInnen, kann *da* keine Rücksicht
45 genommen werden.
46
47 Wir wollen nichts anders, aber alles besser machen.
48
49 Besser ist besser als gut.
50

- 1 Und nachbessern ist besser als bessern.
2
3 Ab heute wird nachgebessert.
4
5 Beinahe wäre uns herausgerutscht, in den Worten des unbekanntenen Philosophen: Ab heute
6 werden wir liefern.
7
8 Eigentlich sind wir introvertiert und total auf innerlich geeicht.
9
10 Wegen der inneren Schönheit, der Werte, des Schweinehundes und so.
11
12 Oberflächlich betrachtet ist unser Charme manchmal diskret.
13
14 Wir gründeln tief.
15
16 Wir sehen in natura ganz anders aus als auf dem Abbild in den Medien.
17
18 Öffentlichkeit schwemmt so sehr auf und verzerrt, entstellt ganz schrecklich.
19
20 Wir sagen Ja zum deutschen Idealismus.
21
22 Sieht nicht immer gut aus, schmeckt nicht immer gut, riecht bisweilen verdächtig bis streng, ist
23 aber unheimlich gesund.
24
25 Ach was, sprechen wir nicht immer von Defiziten, sprechen wir von Potenzialen!
26
27 Unser, wie man so schön sagt, Potentialwachstum ist grenzenlos.
28
29 Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.
30
31 Jeder ist sich selbst der Nächste, wir auch.
32
33 Ergo im Klartext, dem Volk bürgernah auf Augenhöhe, genau genommen: einige Zentimeter
34 darunter ins bzw. aufs Maul geschaut:
35
36 Scheiß auf die Defizite! Wir sind einfach geil, sehen geil aus, auch im „Spiegel“, und stehen
37 dazu.
38
39 Die Wirklichkeit is' auf'm Platz, und sie fordert den bestimmten Artikel:
40 die Politik, der Staat, die Bürgerin, der Hartz-IV-Empfänger, die Partei, das Kapital, die
41 Griechen, der Migrationshintergrund, das Prekariat, die tüchtige Krankenschwester, der kleine
42 Mann, die große Frau, das Problem, die Lösung, die Wahrheit?.43
44 Deutschland, du kühles, blondes, machst uns ganz trunken.
45
46 Dabei sind wir doch für unsere Nüchternheit berühmt.
47
48 Messerscharfer Verstand und chillende Analyse hausen in unseren Himen.
49
50 Ein Eishauch umweht unsere Häupter.

- 1
2 Ja, es ist kalt geworden in Deutschland.
3
4 Dennoch, wir haben auch Gefühle.
5
6 Angst essen Seele auf.
7
8 Wir haben nimmer Angst.
9
10 Haben wir folglich Seele?
11
12 10 Agenturen, 20 Gremien und 30 Kommissionen später kennen wir das 1. Gebot, die
13 goldene politische Regel:
14 Was man nicht *ausstehen* kann, muss man *aussitzen*.
15
16 Wir haben selbst uns selbst ausgesessen, nicht erfolglos.
17
18 Nach Jahren angestrenzter Recherche haben wir letztlich unsere Mitte gefunden.
19
20 Komisch, dass es den anderen auch so ging.
21
22 Wir sind Premium.
23
24 Das Gesamtpaket stimmt einfach.
25
26 Wir kämpfen gegen jede Form ideologischer Polygamie.
27
28 Appetit kann man sich woanders holen, gegessen wird zuhause.
29
30 Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.
31
32 Wir empören uns über jegliche Vielgötterei.
33
34 Was nicht heißen soll, dass wir gegen Bigotterie seien.
35
36 Willst Du nicht unser Freund sein? Wenigstes auf Probe geaddet?
37
38 Unsere Intelligenz ist schwärmerisch. Man nennt uns auch Facebook.
39
40 Wir sind und haben nur Freunde.
41
42 Die wir nicht kennen geschweige denn gern näher kennenlernen möchten.
43
44 Uns gibt es auch als App.
45
46 Wir haben verstanden, jung und dynamisch, werden Leitplanken einziehen, doch passgenau
47 und engmaschig; wir werden Wort halten, legitimiert und unumkehrbar, werden Geld in die
48 Hand nehmen, nicht zum Nulltarif, als geistige Führung, mit dem Willen zur Regierung und
49 Gestaltung, gestaltend, um zu sparen, oder war's umgekehrt?
50

- 1 Als Zwangscharaktere bekennen wir uns jedenfalls offen zu unseren Zwangshandlungen – im
- 2 Sommer.
- 3
- 4 Und als Sachzwangscharaktere zu unseren Sachzwangshandlungen – im Winter.
- 5
- 6 Und als Übersprungscharaktere zu unseren Übersprungshandlungen – bei Unwetter.
- 7
- 8 Wir organisieren die gleichberechtigte Teilhabe an uns selbst.
- 9
- 10 Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

1 Das Individuum denken wagen – Zur (Wieder)Entdeckung eines sozial- 2 demokratischen Grundgedankens

3 4 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

5
6 Weil wir uns des zentralen Grundsatzes sozialdemokratischen Denkens der Nachkriegszeit
7 als eines Gebotes sozialer Gerechtigkeit erinnern und ihn in seiner brennenden praktischen
8 Aktualität begreifen, stellen wir Jusos Wuppertal an politisches Handeln, unser eigenes aus-
9 drücklich und zuallererst eingeschlossen, den Anspruch, das Individuum als Individuum, den
10 Anderen¹ als einen einzigartigen Anderen anzuerkennen, ungeachtet und aufgrund seiner
11 Herkunft, seines Geschlechts, seines sozialen Status, seiner Behinderungen, seines gesund-
12 heitlichen Zustandes, seines Alters, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen oder
13 sonstigen Anschauungen.

14 Der scheinbar im „und“ verborgene Widerspruch löst sich auf, wenn wir Folgendes bedenken:
15 1. Wir respektieren einander, weil und nicht obwohl wir verschieden sind; wir erkennen die
16 oder den anderen an, weil sie oder er so ist, wie sie oder er ist, als Individuum, also anders als
17 wir selbst.

18 2. Wir sind Gleiche unter Gleichen, indem wir verschieden sind und gleichermaßen verschie-
19 den sein dürfen.²

20 3. Unsere plurale Identität bildet sich u.a. infolge einer jeweils einzigartigen Kombination von
21 einzelnen Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten. Das, was uns als Subjekt ausmacht, er-
22 schöpft sich aber gerade nicht darin, unter eine dieser Gruppenidentitäten und Kategorien
23 subsumierbar zu sein.

24
25 Man könnte zusammenfassend auch so reformulieren: Wir sind im Allgemeinen gleich, weil
26 wir im Besonderen verschieden sind.

27 Diesem Antrag liegt ein Freiheitsbegriff zugrunde, der Freiheit als Beziehung und soziale Ver-
28 pflichtung zwischen Menschen versteht.

29 Die politische Dimension der Fragestellung mag folgender Exkurs verdeutlichen:

30 Benedikt XVI. erklärte, um den Papst an dieser Stelle einmal zu sozialdemokratisieren und
31 seine politisch-philosophisch und moralphilosophisch gültige Aussage sozialetisch neu zu
32 kontextualisieren, im Rahmen seiner Bundestagsansprache:³

33 „Er [der Mensch; H.L.] kann sozusagen Menschen machen und Menschen vom Menschsein
34 ausschließen.“

¹ „Der Andere“ ist hier geschlechtertranszendierend als generalisierter Anderer, Inbegriff des Mitmenschen überhaupt, zu ver-
stehen. Aus Gründen des Textflusses wird an dieser und weiteren Stellen wiederholt auf gegenderte Formulierungen verzich-
tet.; „die andere oder der andere“ ist jeweils gedanklich zu substituieren.

² Vgl. Hilal Sezgin, Deutschland schafft mich ab, DIE ZEIT 36 (02.09.2010), S.49: „In einer modernen Demokratie sind wir alle
Gleiche unter Gleichen – in dem Wissen, dass jeder sein eigener, besonderer, den anderen weder über- noch untergeordneter
kleiner Kosmos ist.“

³ Rede Papst Benedikts XVI. im Deutschen Bundestag am 22. September 2011,
<http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/benedict/rede.html>.

1 Die eigentlich unhintergehbare abstrakte Qualität des Menschseins gerät unweigerlich in die
2 Mühlen sozialer Aushandlungsprozesse und Definitionen durch andere Menschen. Wenn wir
3 Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des GG zitieren, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ist die Ver-
4 suchung groß, zu übersehen, dass sie konkret fortwährend angetastet wird, zwischenmen-
5 schlich verletzt und missachtet werden kann und sozial, zwischenmenschlich wiederherges-
6 stellt werden kann und muss. Bei diesen für eine soziale Fundierung von Individualität
7 höchstgradig relevanten Prozessen muss, um die Verhältnismäßigkeit zu wahren, gleichwohl
8 zumindest darauf hingewiesen werden, dass die dramatischsten, mit der Situation der sozia-
9 len Exklusion in demokratischen Wohlfahrtsstaaten im Hinblick darauf unvergleichlichen For-
10 men des Ausschlusses ganzer Bevölkerungsgruppen aus dem Menschsein bis hin zur Ver-
11 folgung und Vernichtung, so zur Zeit des Nationalsozialismus, ein Kennzeichnen diktatori-
12 scher Unrechtsregime waren und sind.

13

14 **Der Sinn**

15

16 Der Antrag setzt auf vier unterschiedlichen Abstraktionsebenen an: Er hat a) grundsatzprog-
17 rammatischen Charakter, indem er auf eine inhaltliche Selbstvergewisserung und zudem Pro-
18 filschärfung und Unterscheidbarkeit zielt, ist b) unmittelbar relevant für konkrete Fragen der
19 Analyse und des politischen Handelns in Hinsicht auf Fragen des Lebensalltags der Men-
20 schen, wie sie sich etwa in der Sozial- (z.B. Armutsprävention und –bekämpfung), Inklusions-
21 oder Integrationspolitik tagtäglich stellen, und betrifft c) die Ebene des politischen Diskurses
22 über Menschen, denken wir an die Art und Weise, in der die einschlägigen Unterschichts-,
23 Hartz-IV-, Migrations- und Integrationsdebatten der letzten Jahre regelmäßig geführt wurden.
24 Die These lautet, dass im Rahmen dieser Kontroversen Menschen die Anerkennung als Sub-
25 jekte und Individuen mit eigener gelebter Biographie verweigert und sie schlecht- wie wohl-
26 meinend reduktionistisch als „umherwandelnde Kategorien in Einzelgestalt“, als „Unterschich-
27 tler“, „Leistungsempfänger“, „Migranten“ oder „Muslime“ thematisiert, angesprochen oder the-
28 rapiert wurden. Darüber hinaus soll d) diese Politik der Anerkennung von Individualität und
29 Differenz auch als Anregung für das parteipolitische Innenleben von SPD und Jusos begriffen
30 werden.

31 All diese Aspekte treten umso deutlicher auf der Folie einer modernen Gesellschaft hervor, in
32 der Individualität, Selbstermächtigung und Selbstbestimmung eine derartige Aufwertung er-
33 fahren haben, dass sie Normalität bedeuten, damit Normerwartungen definieren und das
34 Selbst- und Fremdbild jeder oder jedes Einzelnen prägen bzw. konturieren.

35

36 Indem wir um weniger Ungerechtigkeit und mehr Gerechtigkeit ringen, dienen wir der Freiheit.
37 Der wahrscheinlich meistzitierte, mutmaßlich aber auch in seiner Radikalität meistverkannte
38 und selten ernst genommene Satz Rosa Luxemburgs (R.L., „Die russische Revolution. Eine
39 kritische Würdigung. Aus dem Nachlass“) lautet: „Freiheit ist immer Freiheit des Andersden-
40 kenden.“ Legitimerweise ließe sich ergänzen: Freiheit ist immer Freiheit des Andersseienden.
41 Das Individuum zu denken heißt in diesem Sinne nicht weniger als Freiheit zum Andersden-
42 ken und –sein zu ermöglichen. Dies hat fraglos politischen Auftragscharakter. Es geht um
43 Zubilligung von Gleichwertigkeit und echter Autonomie, die damit steht und fällt, auch anzuer-
44 kennen, was man nicht gleich versteht oder nicht gleich nachzuempfinden in der Lage ist.

45

46 **Individuum, nicht Vulgäregoist**

47

48 Um daher etwaige Missverständnisse in Bezug auf den Individualitätsbegriff im Keim zu ersti-
49 cken, Befürchtungen zu zerstreuen und voreilige Hoffnungen zu enttäuschen: Die der jahr-
50 zehntelang erfolgreichen Ideologie des Marktradikalismus oder Neoneoliberalismus nicht

1 ganz fremde götzenartige Anbetung einer Karikatur von Individuum als eines vulgäregoisti-
2 schen Nutzenmaximierers, welche von der Missgunst und dem Misstrauen gegenüber ande-
3 ren, insbesondere auch gegenüber sozial Unterprivilegierten, sich redlich nährt, ist die Anti-
4 these des vorliegenden Individualismusappells.
5 Gerade nicht eine Freiheit jenseits von Verantwortung, keine Freiheit frei von Rücksichtnahme
6 auf andere wollen wir. Unser sozial fundiertes Verständnis von Individualität respektiert die
7 Begrenztheit der eigenen Freiheit durch die gleichberechtigte Freiheit der anderen als not-
8 wendig. Es reicht aber noch darüber hinaus. Freiheit, und d.h hier individuelle Freiheit, kann
9 uns nur dann als möglich und realisierbar gelten, wenn sie eben auch die Freiheit des ande-
10 ren als eines anderen ist. Nicht das befreite Ausleben der Individualität weniger auf Kosten
11 derer vieler oder der Mehrheit genügt diesen Ansprüchen. Ebenso wenig mag uns aber eine
12 Freiheit der Mehrheit, die gegenüber Freiheitsrechten von Angehörigen sog. Minderheiten zu
13 deren Lasten ausgespielt wird, Gefallen bereiten.
14 Individualität soll hier vielmehr tatsächlich und buchstäblich Individualität heißen.

15

16 **Godesberg im Hinterkopf**

17

18 Einer der Schlüsselsätze, vielleicht der Schlüsselsatz der „Grundwerte des Sozialismus“ im
19 Godesberger Programm lautet schlicht: „Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander.“ Ge-
20 rechtigkeit ist nicht Gegensatz oder Einschränkung, sondern Grundvoraussetzung von prakti-
21 scher, lebbarer Freiheit, ist Bedingung der Möglichkeit von Freiheit. Freiheit bedarf solcher
22 Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, jenseits von formaler Gerechtigkeit um der Gerechtigkeit willen,
23 wiederum wird nur Schritt für Schritt Wirklichkeit, wenn sie die Freiheit der anderen als Indivi-
24 duen, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft und Lage, will.

25 Ähnlich verhält es sich mit „Solidarität“ und „Freiheit“. Erhard Eppler (Bundesparteitag SPD
26 2009) verdanken wir die denkbar klarste Veranschaulichung dieses Zusammenhangs: Auf-
27 wachsende Kinder, die wie selbstverständlich untereinander und im Verhältnis zu den Eltern
28 bedingungslose Solidarität erfahren, bewegen sich später viel freier und angstärmer in der
29 Welt.⁴

30

31 Strukturell analog zu „Freiheit“, „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ stellt sich die Relation der Werten
32 „Verschiedenheit“ und „Gleichheit“ dar. Ihre, ans menschliche Maß angelegt, nur scheinlo-
33 gische, mitnichten natürliche Gegensätzlichkeit offenbart sich allein auf den ersten Blick, auf
34 den zweiten nötigen sie uns, mehr Fähigkeit, Mut und Bereitschaft zu konkreter Dialektik zu
35 aktualisieren und die obigen Definitionen im Sinne von „Gleichheit, indem Verschiedenheit“ zu
36 beherzigen. Aus dem Erleben bestimmter Unterschiede heraus neigen wir einerseits häufig
37 dazu, diese Differenzen so zu übertreiben, zu überhöhen und zu absolutieren, dass wir grund-
38 legende Ähnlichkeit und Gleichheit ausblenden. Andererseits treibt uns die Entschlossenheit,
39 Gleichheit, verstanden als Gerechtigkeit qua Chancengleichheit, zu schaffen, bisweilen dazu,
40 auf Unterschiedlichkeit der Entwicklungen und Verschiedenheit der Ergebnisse verstört und
41 verunsichert zu reagieren und diese mittels Absonderung oder Ausverlagerung zu invisibilisie-
42 ren oder aber krampfhaft bis zwanghaft einzuebnen zu versuchen, anstatt mit gleichwertiger
43 und gleich wertiger Verschiedenheit leben zu lernen und in ihr leben zu wollen.

44 Der elementare Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der sozialen Verpflichtung und Wertschät-
45 zung gegenüber dem Individuum, welcher Verschiedenheit und Gleichheit zusammen zu
46 denken in der Lage ist, ließe sich folgendermaßen verdichten:

⁴ Vgl. Rede von Erhard Eppler auf dem Bundesparteitag der SPD am 15. November 2009 in Dresden.

1 Der Andere⁵ gibt der Gesellschaft etwas, indem er ist, wie er ist, ist relevant, weil er ist, wie er
2 ist und wer er ist.

5 Soziale Exklusion

7 Je niedriger in der vermeintlich unsichtbaren, heutzutage wortwörtlich wieder sichtbaren
8 sozialen Hierarchie oder, besser, je weiter am Rande der Gesellschaft, desto „prekärer“ und
9 de facto desto weniger selbstverständlich ist dieser Zustand respektierten freien Daseins.

10 Freiheit wohnt kein Automatismus inne, in der Gesellschaft, auch nicht der heutigen, sozial
11 gerecht verteilt zu sein. Dieses Bild ist zugestandenmaßen schief, handelt es sich bei Frei-
12 heit und der in ihr sich dokumentierenden Chance zu selbstbestimmter Individualisierung
13 eben nicht einfach um ein Gut. Soziale Exklusion, Nicht-Teilhabe an bzw. in Systemen der
14 funktional differenzierten Gesellschaft „integriert“, technisch ausgedrückt, jenseits von Gerech-
15 tigkeit und Gleichheit faktisch wesentlich stärker als soziale Inklusion.⁶ Das Verhältnis ist klar
16 asymmetrisch. Was soll das heißen? „Integration“ bzw. „integriert“ ist an dieser Stelle primär
17 zu lesen als Reduktion von Wahlmöglichkeiten und Ausgeliefert-Sein an subjektiv weitestge-
18 hend unbeeinflussbare Prozesse, die wie Automatismen zu wirken scheinen. Armut bedeutet
19 faktisch Vielfachabhängigkeit und Minimierung von Freiheitsgraden. Probleme und Aus-
20 schluss auf dem einem Feld ziehen aufgrund von kybernetischen Prozessen des sog. „positi-
21 ven Feedbacks“ bzw. der „Abweichungsverstärkung“ Nöte und Ausschlüsse auf anderen Fel-
22 dem und in anderen Zusammenhängen nach sich: Erwerbslosigkeit oder prekäre Beschäfti-
23 gung – Einkommensverlust – Wohnungsproblematik – mangelnder Rechtsschutz – Belas-
24 tung der Intimbeziehungen – Verlust sozialer Kontakte – Isolation – Krankheit und Krankheits-
25 kosten – Nahrungsmittelunter- oder -fehlversorgung – „Alltagsverlust“ – kultureller Aus-
26 schluss – Exklusion aus dem Bildungssystem – Wegfall politischer Partizipation – (Wie-
27 der)Beschäftigungsproblematik und so weiter und so fort. Dominoeffekt trifft Teufelskreis. Die
28 Situation lässt sich nicht hinreichend als Mangel an materiellen und immateriellen Gütern be-
29 schreiben, nicht allein mit Kategorien des Weniger oder Mehr oder des ökonomischen Exis-
30 tenzminimums. Für Menschen in solchen Lebenslagen – und daher erweist sich auch die
31 Frage der Geltung als Individuum und des Respekts vor der Person als die entscheidende –
32 stellt sich die elementare Frage nach dem Drinnen und Draußen im Hinblick auf die Gesell-
33 schaft. „Sie laufen mit, aber sie haben keine Adresse in der kollektiven Selbstauffassung un-
34 seres Gemeinwesens.“⁷

35 Der gesellschaftspolitische, nicht bloß sozialpolitische Auftrag – wie gesagt: Auftragscharak-
36 ter! – heißt vor diesem Hintergrund, Wege zu suchen, ihnen wieder ein selbstbestimmtes,
37 freies Leben als gesellschaftlich als vollwertig anerkannte Subjekte zu ermöglichen. Wir kön-
38 nen zwar nicht politisch individuelles Glück schaffen, tragischer- und vielleicht glücklicherweise
39 es auch gar nicht wollen, sehr wohl aber individuell relevante Bedingungen und Vorausset-
40 zungen des Glücklich-Seins.

42 Öffentlicher Diskurs und Individuum

⁵ Vgl. Fußnote 1.

⁶ „Die Exklusion integriert viel stärker als die Inklusion - Integration [...] verstanden als Einschränkung der Freiheitsgrade für Selektionen. Die Gesell-
schaft ist folglich – genau umgekehrt wie unter dem Regime der Stratifikation – in ihrer untersten Schicht stärker integriert als in ihren oberen Schich-
ten.“ Vgl. Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1997, S.631.

⁷ Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Bonn 2008, S.9.

1 Auf der Ebene des öffentlichen Diskurses wird der Stellenwert der An- oder Aberkennung des
2 Status des Individuums, auch wenn das politische Radar für derartige Erscheinungen bisher
3 eher wenig feinfühlig entwickelt war, in besonderem Maße sinnfällig, da hier unmittelbar Fra-
4 gen der Rollenzuschreibung und des Respektes sprachlich verhandelt werden.
5 In Kontroversen über MigrantInnen, Hartz-IV-EmpfängerInnen und Angehörige des sog.
6 „Prekariats“ gehören Verfahren der Stigmatisierung, Pathologisierung und Kollektivpsycholo-
7 gisierung zum Standardrepertoire. Sie treten als verschärfender sekundärer diskursiver Pro-
8 zess zur möglichen alltäglichen Marginalisierung und Erfahrung der sozialen Adressenlosig-
9 keit hinzu, um sich letzten Endes als grundlegender Teil und ein Definiens von Entindividuali-
10 sierung und sozialem Ausschluss zu erweisen.

11 Ein ausgesprochen ungeschminktes Paradebeispiel rhetorischer Disqualifizierung und Ein-
12 dampfung des Subjekts zur Fratze lieferte 2007 Oswald Metzger, als er stern.de gegenüber
13 räsionierte: „Sozialhilfeempfänger werden keineswegs schöpferisch aktiv. Viele sehen ihren
14 Lebenssinn darin, Kohlehydrate oder Alkohol in sich hinein zu stopfen, vor dem Fernseher zu
15 sitzen und das Gleiche den eigenen Kindern angedeihen zu lassen.“⁸ Die Lust am Philoso-
16 phieren über Medienkonsum und Ernährungsgewohnheiten von Mittel- und Oberschichten
17 tritt auffälligerweise wesentlich seltener zum Vorschein.

18 „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbil-
19 dung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produ-
20 ziert“, urteilte Thilo Sarrazin 2009 im Interview mit dem LETTRE INTERNATIONAL.⁹

21 Eine Fülle von Dokusoaps lebt davon, dass Fernsehredaktionen „das Prekariat“ oder „die
22 Unterschicht“ vorzuführen versuchen in der Absicht, beim Zuschauer Fremdschämen zu pro-
23vozieren, ohne überhaupt auf die Idee zu kommen, dass womöglich die einzig angemessene
24 Scham diejenige ob ihres verabscheuenswürdigen Aktes der Vorführung anderer sein könn-
25 te.

26 Wir wissen aber, dass kein Mensch als Karikatur funktioniert und existiert. Sein individueller
27 Fingerabdruck von Wünschen, Träumen, Empfindungen, Sorgen, Fähigkeiten entzieht sich
28 solchen Schablonen. Subjekte handeln, erleben und denken nicht als Merkmalsansammlun-
29 gen und Defizitkomplexe, nebenbei bemerkt: auch nicht als Potenzialkomplexe.

30 Eine signifikante argumentative Inkonsequenz und Ungleichheit scheint bei den Initiatoren
31 solcher Diskurse immer wieder auf: Dadurch, dass die betroffenen Menschen, also diejeni-
32 gen, die Gegenstand der Erörterungen und Urteile sind, schlichtweg kategorisiert und deindi-
33 vidualisiert werden, wird man ihren jeweils individuellen Bedürfnissen, Lebenswelten und –
34 lagen willentlich und wissentlich nicht gerecht resp. ignoriert diese, die Ursachen und Folgen
35 ihrer Lebenssituation werden ihnen aber als Schuld und Verantwortung zugeschrieben und
36 somit ohne Zögern individualisiert.

37

38 **Individualität und Parteipolitik**

39

40 Aus allen vorgenannten Gründen und zum Zwecke einer besseren Abbildung gesellschaftli-
41 cher Diversität innerhalb der Jusos sowie der SPD insgesamt empfiehlt es sich, die Prinzipien
42 der Anerkennung, Ermöglichung und Beförderung von Individualität und Heterogenität auch
43 auf uns selbst anzuwenden und die Toleranzschwelle gegenüber unterschiedlichen sozialen
44 Hintergründen, individuellen Stilen und Haltungen bewusst anzuheben.

45

46 **Begründung:** erfolgt ggf. mündlich.

⁸ <http://www.stern.de/politik/deutschland/oswald-metzger-ich-bin-auf-dem-sprung-603071.html>, Erscheinungsdatum: 20. No-
vember 2007, 14:55 Uhr.

⁹ LETTRE INTERNATIONAL 86 (2009), S.199.

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 alle Kinder spätestens mit Beginn des vierten Lebensjahrs einen Kindergarten / eine
4 Kindertagesstätte besuchen. Die Wahl der Institution steht den Eltern frei. Dabei
5 müssen staatliche Einrichtungen auf die Erhebung von Gebühren bei Menschen die
6 auf Leistungen nach dem SGBII angewiesen sind verzichten.

7

8 Begründung:

9

10 Diverse Studien haben gezeigt, dass der Kindergartenbesuch den Kindern
11 wichtige soziale Kompetenzen vermittelt, die Hinblick auf eine multikulturelle und in-
12 kludierte Gesellschaft von substanzieller Bedeutung sind. Zudem haben die ersten
13 Bildungsjahre eines Kindes enormen Einfluss auf ihre individuelle Bildungskarriere.
14 Ferner wird der sozialdemokratische Gedanke der Chancengleichheit ausgebaut.
15 Kinder aus bildungsfernen Schichten wird eine bessere Teilhabe an Bildung ermög-
16 licht, die in diesem Zusammenhang früh den Wert von Bildung vermittelt

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Inklusion an Regelschulen ist so schnell wie möglich umzusetzen. Dazu sollen un-
4 verzüglich alle SchülerInnen mit einer körperlichen Behinderung ihrem individuellen
5 Förderbedarf nach an Regelschulen inkludiert werden. Die Förderschule als Be-
6 standteil des Schulsystems wird nicht abgeschafft. Der generelle Inklusionsgedanke
7 soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Dabei soll dieser so früh wie möglich
8 an Kinder vermittelt werden. Dies soll unserer Auffassung nach bereits zu Beginn
9 des Kindergartens 2012 geschehen. Frühestens mit diesem Jahr treten auch die ers-
10 ten anderweitig beeinträchtigten Kinder in die Kindergartengruppen ein, dies hat zu
11 folge, dass sich der Inklusionsprozess flächendeckend und langsam von unten nach
12 oben aufbaut.

13

14 Begründung:

15

16 Auch in einem inklusiven Schulsystem können nicht alle SchülerInnen integriert wer-
17 den. Zu verschieden sind ihre Behinderungen. Sie benötigen eine individuelle und
18 Ihren Förderschwerpunkten optimierte Betreuung und Ausbildung. Gerade Förder-
19 schulen weisen mit Ihren enorm kleinen Klasse (Betreuungsschlüssel 10:2), spezifi-
20 schen Raumausstattungen und der Kombination von speziell ausgebildeten Lehrer-
21 Innen und SonderpädagogInnen die ideale Lernumgebung für diese SchülerInnen
22 auf. Es ist nicht absehbar, dass das aktuelle Schulsystem, noch das von uns gefor-
23 derte Gemeinschaftsschulwesen vergleichbare Bedingungen aufbaut. Langfristige
24 seelische und geistige Beeinträchtigungen behindern in Wechselwirkung mit ver-
25 schiedenen Barrieren die gleichberechtigte Teilhabe am schulischen und gesell-
26 schaftlichen Leben.

27

28 Es ist schwer den Inklusionsgedanken an SchülerInnen zu vermitteln die im aktuellen
29 System ihrer Bildungskarriere über die Grundschule hinaus abgeschlossen haben.
30 Die Ablehnung und soziale Isolation der Kinder mit Behinderung durch die Kinder
31 ohne gesonderten Förderbedarf ist erheblich. Das Interesse einer generellen Inklusi-
32 on darf nicht das Leidtragen der SchülerInnen mit gesondertem Förderbedarf erhö-
33 hen. Eine unbedachte Inklusion dieser Kinder erhöht Ihre Benachteiligung im Bil-
34 dungswesen und führt zu langfristigen negativen Folgen sowohl für die Betroffenen,
35 als auch die Gesellschaft.

36

37 Der gut gemeinte Inklusionsgedanke würde so zu Exklusion der Betroffenen führen.



Antragsteller: Alexander Hobusch
Wahrung der Bürgerrechte auch im Internet!

Unterbezirkskonferenz
Wuppertal
29. Oktober 2011

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Dass sich die Partei und auch die Jusos stärker mit dem Thema der Bürgerrechte im
4 Zeitalter des Internets beschäftigen. Dazu muss auf allen Parteiebenen die Wichtig-
5 keit der Thematik erkannt werden. Wir setzen uns für die Bildung von themenspezifi-
6 schen Arbeitskreisen ein, die –bundesweit miteinander vernetzt- die Positionen unse-
7 rer Partei zusammenfassen und erweitern. Dieses „bürgerrechtliche Grundsatzprog-
8 ramm“ soll dann zu gegebener Zeit von der Parteibasis beschlossen werden.

9

10 Begründung:

11

12 Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin im Jahr 2011 wird in die Geschichte eingehen:
13 Erstmals gelang es der jungen Piratenpartei, in ein Landesparlament einzuziehen.
14 Aufgrund der schlagartig gewachsenen Popularität scheint ein Einzug der Partei in
15 den Bundestag in 2 Jahren durchaus möglich.

16

17 Grundsätzlich ist die reine Existenz der Piratenpartei ein Armutszeugnis für die etab-
18 lierten Parteien. Keine vermochte es, diese Bewegung in sich aufzunehmen, nir-
19 gendwo gab es eine geeignete Plattform für den Schwerpunkt Internet/Bürgerrechte,
20 auch in der SPD nicht in genügendem Maße – sei es aus Verkennung der Wichtig-
21 keit und Aktualität des Themas oder warum auch immer. Unsere Partei muss sich
22 aber stets den Herausforderungen einer sich ändernden Gesellschaft anpassen und
23 auch in sich einen Prozess der innerlichen Erneuerung anstoßen, nur so können wir
24 eine bestimmende Kraft der politischen Landschaft bleiben – erst durch die Integrati-
25 on der Mitglieder in die Parteiarbeit wird das abstrakte Konstrukt SPD wirklich das,
26 was wir als unsere lebendige Partei verstehen.

27

28 Wir müssen folglich versuchen, auch Personen für die politische Mitwirkung in unse-
29 rer Partei zu gewinnen, die sich nur sehr themenspezifisch für Politik erwärmen kön-
30 nen. Dieser „frische Wind“ könnte durchaus helfen, bisher wenig bzw. nicht abge-
31 deckte Themenfelder zu erschließen. Die Forderung der Jusos Wuppertal ist de-
32 mentsprechend, dass wir als Partei den bisher vernachlässigten Themenbereich Da-
33 tenschutz/Bürgerrechte im Internet stärker in den Fokus rücken. Dazu sollen klare
34 Positionen ausgearbeitet werden. Außerdem müssen wir die politische Mitarbeit in
35 unserer Partei, insbesondere zu den obigen Themen fördern.

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Griechenland darf nicht zum Spielball der Finanzindustrie werden. Die politische Absicht in-
4 nerhalb Europas muss es sein, Solidarität gegenüber Griechenland zu erweisen und Speku-
5 lationen über den Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone entgegen zu treten. Die Poli-
6 tik muss die Finanzmärkte an der Bewältigung der Krise beteiligen. Die Zocker auf den Fi-
7 nanzmärkten, die als Nutznießer der Krise durch hohe Risikoaufschläge reichlich profitieren,
8 müssen sich an der Entschuldung Griechenlands beteiligen und auf wesentliche Teile ihrer
9 Forderungen verzichten.

10

11 Des weiteren fordern wir eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, die durch die Einfüh-
12 rung einer Finanztransaktionssteuer, das Verbot von Leerverkäufen, hohe Eigenkapitalreser-
13 ven und die Zerschlagung von Banken in Investment- und Privatkundengeschäft erfolgen soll.
14 Dass diese Forderungen ein effektives Instrument sind, sieht man an dem Beispiel Türkei.

15

16 Langfristig muss sich die EU zu einer richtigen politischen Union wandeln. Strukturelle Fehler
17 der Vergangenheit, wie zB der Verzicht auf einer Wirtschaftsunion trotz gemeinsamer Wäh-
18 rung, sind zu korrigieren. Um die Entscheidungen in Europa demokratischer und transparen-
19 ter zu gestalten, muss die Einflussmöglichkeit des Parlaments gestärkt werden. Damit die
20 Zivilgesellschaft stärker in den Umgestaltungsprozess eingebunden wird und eine europä-
21 ischer Identität entstehen kann, müssen Sozialforen zur Beteiligung und Gestaltung politischer
22 Prozesse auf europäischer Ebene angeboten werden. Sowohl der demografische Wandel als
23 auch die Verschiebung des globalen Handels nach Asien zwingen die Akteure europäischer
24 Politik bereits heute zur Findung von Lösungen zu den Fragen von morgen.

25

26 In Außen-, Sicherheits-, Finanz- und Sozialpolitik besteht die zwingende Notwendigkeit zur
27 gemeinsamen Koordination innerhalb Europas um wirtschaftlichen Spaltungen, die jetzt
28 schon erkennbar sind, geballt entgegen zu treten. Auch sind hierbei gezielte Investitionen in
29 Bildung und Forschung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung einer reso-
30 luten Konjunktur notwendig.

31

32 Begründung:

33 **Aktuelle Situation**

34 Die drohende Pleite Griechenlands und die unvorstellbaren Summen an Bürgschaften er-
35 schrecken viele Menschen. Dabei wird ausländisches Kapital benötigt um den griechischen
36 Geldkreislauf aufrecht zu erhalten. Die Kreditvergabe von Banken ist durch Sorge um wirt-
37 wirtschaftliche Instabilität und pessimistischer Zukunftsprognosen eingeschränkt. Diese Situation
38 hat unmittelbar negative Folgen auf die Wirtschaft und hemmt die griechische Produktivität, da
39 Unternehmen die expandieren wollen keine Kredite an den Finanzmärkten erhalten¹.

40 Die viel diskutierte Möglichkeit Griechenland aus der Euro-Zone austreten zu lassen halten
41 wir dabei für den falschen Weg, weil dies der gesamten Euro-Zone die Verantwortung entzie-
42 hen würde und dies auch zu einer Kettenreaktion in wirtschaftlich instabilen Staaten führen

1 Fakt, Was sagen die Griechen zur Krise des Landes, ARD/MDR, 13.09.2011
<http://www.mdr.de/fakt/video13460.html>

1 zur Folge haben wird. Ein Auseinanderfallen der Euro-Zone droht und zusammen mit den
2 Zahlungsausfällen in der Privatwirtschaft birgt dies ein erhebliches Risiko für den ganzen Kon-
3 tinent.

4

5 Um den wirtschaftspolitischen Spielraum Griechenlands wieder herzustellen, müssen die
6 Schulden erlassen werden. Dies würde langfristig die Kapitalbeschaffung auf den Finanz-
7 märkten erleichtern. Sollte die Refinanzierung des Staates am Finanzmarkt nach dem Schul-
8 denschnitt nicht möglich sein, muss die EU mit den Geldern des ESFS zur Seite stehen.

9

10 Der Finanzindustrie muss wieder Ketten angelegt werden. Es bietet sich an den Gewinn mit
11 Spekulationen zu besteuern. Jede Transaktion muss mit einem Aufschlag versehen werden,
12 sodass es sich nicht mehr lohnt akquirierte Anteile innerhalb kürzester Zeit wieder abzustoßen
13 (Hochfrequenzhandel)²³. Die so gewonnen Steuereinnahmen wiederum können zur Rekapitalisierung
14 klammer Staatskassen verwendend werden. Hohe Eigenkapitalreserven, das Ver-
15 bot von Leerverkäufen und die Zerschlagung von Banken in Investment- und Privatkunden-
16 geschäft, sind weitere wichtige Maßnahmen um den Einfluss der Finanzindustrie zu schmäl-
17 lern.

18 **Strukturelle Veränderungen**

19 Doch Europa kann auch aus der aktuellen Krise lernen. Wir müssen jetzt dafür Sorge tragen,
20 dass wichtige Schritte zur Neuausrichtung der europäischen Organe angegangen werden
21 und der Kontinent gestärkt aus der Krise hervorgeht.

22

23 Es hat sich herausgestellt, dass die europäische Entscheidungsfindung weder transparent
24 noch effektiv ist. Wir müssen dafür sorgen, dass die Handlungsfähigkeit beschleunigt wird und
25 alle Mitgliedsstaaten in die Gestaltung der EU eingebunden werden.

26

27 Dafür ist in unseren Augen die Demokratisierung der Organe dringend notwendig. Die Stär-
28 kung des Europäischen Parlaments ist dabei die wichtigste Aufgabe. Der Einfluss der Kom-
29 mission und des Ministerrats wird dabei notwendigerweise eingeschränkt. Durch die Wahl er
30 Kommission durch das Parlament, kann auch diese demokratisch von den Bürgerinnen und
31 Bürger Europas legitimiert werden. Nur so kann der Wille des Volkes repräsentiert werden.

32

33 Bereits heute muss der Grundstein von einer tieferen Integration der Staaten erfolgen. Die
34 Schuldenkrise hat zu Tage getragen, dass eine Währungsunion ohne Finanz- und Wirt-
35 schaftsunions zum Scheitern verurteilt ist.

36

37 Um in Zukunft noch gestaltenden Einfluss auf internationale Politik nehmen zu können, bedarf
38 es endlich einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei darf die Einigung nicht
39 durch Ausnahmeregelungen einzelner Länder ad absurdum geführt werden. Das „Europä-
40 ische Telefon“ muss endlich angeschlossen werden und die vielen europäischen Meinungen
41 übertönen.

42

2 Ftd.de, Sebastian Bräuer, Red Bank und Titus Kroder, Hochfrequenzhandel – schnell und unberechenbar, Aufruf vom 22. 10. 2011, <http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:agenda-hochfrequenzhandel-schnell-und-unberechenbar/50099813.html>

3 Handelsblatt, Michael Maisch, Peter Mandrella, Börsen auf Speed, Aufruf vom 22. 10. 2011
<http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/boerse-inside/boersen-auf-speed/4480880.html>

1 Auch in der Industrie- und Wirtschaftspolitik muss eine stärkere Kooperation stattfinden. Es ist
 2 langfristig nicht möglich, dass starke Länder wie Deutschland durch eine Politik, die hohe Ex-
 3 portquoten begünstigt, versucht für die eigene Industrie Vorteile in der EU zu erzwingen. Nur
 4 durch die Stärkung des gesamten Kontinents auf den Bereichen Bildung, Forschung und
 5 Entwicklung und die Ausrichtung der europäischen Industrie auf einen Hightech-Standort, der
 6 Antworten auf die Probleme von morgen geben kann, können die strukturellen Probleme ge-
 7 löst werden. Kooperationen in dieser Art sind bereits erfolgreich: Airbus und ESA sind mittler-
 8 weile international angesehene Technologiekonzerne, deren Erfolg darauf fußt, die Kompe-
 9 tenzen mehrerer Länder zu nutzen um ein wettbewerbsfähiges Produkt zu entwickeln. Weite-
 10 re Projekte sind durchaus vorstellbar: in den Bereichen der Soft- und Hardwareindustrie, der
 11 Unterhaltungselektronik, dem Mobilfunk und der regenerativer Energien. Bei der Ausarbeitung
 12 der Pläne zur Anschubfinanzierung muss insbesondere darauf geachtet werden, die abge-
 13 hängten Staaten wieder mit einzubinden und sie an der europäischen Wertschöpfung teilha-
 14 ben zu lassen.

15 Die europäischen Bürgerinnen und Bürger

16 Oberstes Ziel aller Reformen in Europa muss die Demokratisierung der europäischen Institu-
 17 tionen sein und „das Parlament zur zentralen Arena der politischen (nicht nationalstaatlichen)
 18 Interessensverhandlungen zu machen“⁴.

19
 20 Es muss ein Fundament gelegt werden auf dem eine europäische Identität erwachsen kann.
 21 Das Bewusstsein, dass alle Menschen auf diesem Kontinent für die gemeinsame Zukunft
 22 verantwortlich sind, muss dadurch gestärkt werden. Durch Sozialforen ermöglichen wir eine
 23 einfache Partizipation und fördern das kritische Auseinandersetzen mit europäischer Politik
 24 und Gesellschaft. Ideen die dort in Diskussionen entstehen, lassen sich im Parlament in Ge-
 25 setze und Verordnungen gießen.

26
 27 Durch die Möglichkeit der direkten Einflussnahme auf politischer Ebene können europäische
 28 Institutionen Entdämonisiert werden und der Europa-Verdrossenheit vieler Menschen effektiv
 29 entgegen getreten werden. Durch das Auseinandersetzen mit aktuellen Fragestellungen und
 30 die kreative Entwicklung von zukünftigen Zielen wird den Menschen eine Möglichkeit gege-
 31 ben das Projekt der europäische Einigung und ihre Wichtigkeit zu verstehen.

32 Perspektiven

33 Die europäische Integration der letzten Jahrzehnte hat Wohlstand, Frieden und Stabilität auf
 34 den Kontinent gebracht. In Zukunft wird die herausragende Frage sein, wie wir es schaffen
 35 können unseren Einfluss auf internationaler Ebene zur Geltung bringen zu können. Der
 36 Schwerpunkt des Welthandels und der politische Entscheidungsfindung wird sich nach Asien
 37 verschieben. „Nur ein vereintes Europa hat eine Chance in der Globalisierung, die eben nicht
 38 nur eine wirtschaftliche Dynamik hat, sondern auch die politische Bedeutung von National-
 39 staaten schmälert.“⁵

40
 41 Wenn sich die verantwortlichen Entscheidungstragenden ihre Rolle in der europäischen Ge-
 42 schichte bewusst werden und es geschafft wird die auf diesem Kontinent lebende Bevölke-
 43 rung von der Idee einer gemeinsamen europäischen Zukunft zu überzeugen, wird es möglich
 44 sein Europa vor der Bedeutungslosigkeit zu retten.

- Zur Weiterleitung an die Juso Landeskonzferenz und die Juso Bundeskonferenz -

4 „Soziales Europa“ Kapitel 3

5 Gerhard Schröder, Eine Agenda 2012 für Europa, FTD vom 10.10.2011, S. 24

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Zu Beginn des zweiten Sitzungstages der Landeskonferenz der NRWJusos 2011 am
4 11.09.2011 erklärte der Tagungspräsident, eine Gedenkminute angesichts des 10.
5 Jahrestages von „9/11“ sei nicht vorgesehen. Er ergänzte diese Ankündigung noch um eine
6 flapsig-saloppe Anmerkung, die gewisse Unruhe im Publikum sowie als beipflichtend zu
7 wertende Zurufe zur Folge hatte. Redlicherweise ist klar darauf hinzuweisen, dass er im
8 unmittelbaren Anschluss daran die Aussage als missverständlich, missverstanden und nicht
9 so gemeint kennzeichnete. Der irritierende Eindruck aber war erweckt und, einmal erweckt,
10 leider nicht in Gänze reversibel.

11

12 Die NRWJusos sowie die Jusos und SozialdemokratInnen aller Ebenen und Gliederungen
13 mögen künftig, sofern dies nicht ohnehin geschähe, in vergleichbaren Situationen das
14 Gedenken an die Opfer des Anschlags „9/11“ mit hohem Respekt, großer Sensibilität und
15 bewusstem Innehalten begehen

16

17 Wir halten fest:

18

19 1. Am Vortag war mit einer Gedenkminute sowie einer intensiven, berührenden
20 Antragsberatung den Opfern des Doppelattentats von Utøya und Oslo gedacht, ihren
21 Angehörigen, Freunden und der norwegischen Bevölkerung die aufrichtige Anteilnahme
22 ausgedrückt und der Partnerorganisation AUF Mitgefühl und Solidarität ausgesprochen
23 worden. Der erste Sitzungstag stand deutlich im Zeichen des Schreckens von Utøya und der
24 programmatischen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Es ist naheliegend, dass
25 der Verzicht auf ein Gedenken an die Taten des 11. September 2001 durch den Wunsch, die
26 mahnende Erinnerung an den Massenmord in Norwegen als eine zentrale Botschaft
27 hervortreten zu lassen, stark motiviert war.

28 Die Erinnerung an ein Attentat mindert aber nicht diejenige an ein anderes, das Gedenken
29 gegenüber einer Opfergruppe nicht dasjenige gegenüber einer anderen. Das eine nimmt dem
30 anderen nichts, beides sollte vielmehr moralischer Imperativ sein. Es wäre und ist irreführend
31 und unangemessen, die Opfer auf solche Weise in eine Vergleichs- oder
32 Konfrontationssituation zu versetzen. Die Opfer beider Attentate waren eines: Opfer. Punkt.
33 Sie waren und sind geeint in ihrem gleichwertigen Opfersein, Opfer zweier verschiedener
34 jeweils unterschiedlich politisch-ideologisch motivierter Verbrechen.

35

36 2. Es obliegt der Vollmacht eines Gremiums, verantwortlich Entscheidungen über eine
37 Tagesordnung, etwa in Form der Nicht-Ansetzung oder Ansetzung einer Gedenkminute, zu
38 treffen. Dafür oder dagegen, wie soeben geschehen, können mehr oder minder triftige
39 Gründe vorgebracht werden.

40 Auf einer qualitativ anderen Ebene bewegen wir uns aber, wenn die Entscheidung, auf eine
41 Gedenkminute zu verzichten, im gegebenen Kontext auch noch ausdrücklich benannt und
42 somit nicht stillschweigend vollzogen wird. Öffentliches Gedenken ist unweigerlich ein
43 symbolischer Akt. Gerade darin liegt sein tieferer Sinn. Insofern wirkt auch unweigerlich
44 symbolisch, wenn symbolisch auf ein Symbol verzichtet wird. Es wird nolens volens das
45 Zeichen gesetzt, an dieser Stelle kein Zeichen setzen zu wollen, und indem dies geschieht,
46 wird sehr wohl ein Zeichen gesetzt. Man versetze sich in die Rolle der Angehörigen der Opfer.

1 Wie sollten sie diese Situation interpretieren? Sie könnten sie als Missachtung gegenüber den
2 Opfern und ihnen selbst werten. Es sei des Weiteren daran erinnert, dass es sich um eine
3 öffentliche, medien- und presseöffentliche Veranstaltung handelte, welches noch einmal
4 besondere Rücksichtnahme auf symbolische Werte und Reflexion möglicher Wirkungen und
5 möglicher berechtigter oder unberechtigter Rezeptionen einfordert.

6 Das Gedenken hinsichtlich „9/11“ gilt den Opfern, also den Ermordeten, Verletzten, ihren
7 Angehörigen, Freunden, Bekannten, denjenigen, die als Zeugen miterlebten mussten, wie
8 sich Menschen in ihrer Verzweiflung lieber aus Wolkenkratzern stürzten als einem
9 Flammentod entgegenzusehen, den Traumatisierten. Sie alle sind nicht für die gravierenden
10 Folgen des Attentates haftbar zu machen, welches von der Bush-Administration als
11 Legitimation für Kriegsführung und Einschränkung von Freiheitsrechten im Namen des
12 „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ instrumentalisiert wurde, als Vorwand zur
13 Rechtfertigung islamophober Haltungen fungierte und verschiedensten
14 Verschwörungstheorien als Projektionsfläche dient(e).

15 Ja, auch gerade weil solche politische Indienstrafe erfolgte, gilt es umso mehr, sich eben
16 der Opfer, ungeachtet der politischen Auseinandersetzungen und Manöver in der Folge,
17 schlicht in Demut zu erinnern.

18
19 Franziska Drohsels Initiative¹ zu einer kritischen Bestandsaufnahme, ausgehend von einer
20 sehr dezidiert linken Kapitalismuskritik, reaktionären Gedankengutes unter dem Deckmantel
21 linker Politik im Jahre 2008, die sich u.a. mit der Rede vom sog. „internationalen
22 Finanzkapital“, dem Umgang mit dem Nahostkonflikt und Tendenzen zu linkem
23 Antisemitismus sowie latenten oder manifesten antiamerikanischen Denkmustern
24 auseinandersetzt, lässt sich auch als Anstoß lesen, nicht aufgrund der begründeten und
25 begründbaren Kritik an konkreten politischen Handlungen, Interessen und Akteuren
26 kollektiven Vorurteilsschemata wie denen des Antiamerikanismus implizit ein Tor zu öffnen
27 bzw. diesen Eindruck zu erwecken. Auch dieses sollten wir beherzigen.

28
29 Begründung: erfolgt ggf. mündlich.

30

¹ http://www.welt.de/debatte/article1916062/Juso_Chefin_kritisiert_linken-Antisemitismus.html.

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern die Bundesregierung und die EU-Kommission dazu auf Grundnahrungsmittel
4 allen Menschen gerecht zur Verfügung zu stellen, Maßnahmen zu ergreifen, die die
5 Lebensmittelpreise senken und Entwicklungsländern einen gerechten Zugang zu unseren
6 Märkten zu ermöglichen.

7

8 Dazu muss zukünftige Entwicklungshilfe genutzt werden um die Einführung moderner
9 Techniken im Ackerbau zu unterstützen. Die betroffenen Menschen müssen geschult und
10 entsprechende Geräte zur Verfügung gestellt bekommen. Es muss eine angemessene
11 Infrastruktur aufgebaut und gepflegt werden um die Erzeugnisse auch auf dem Weltmarkt
12 anbieten zu können.

13

14 Die Entwicklungshilfe muss an den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden. Wir
15 fordern, dass die Hilfe zusammen mit den dortigen Regierungen auf die Probleme vor Ort
16 zugeschnitten wird. Wichtig ist dabei die kritische Auseinandersetzung mit den Regierungen:
17 Herrschende, die ihre Bevölkerung missachten, müssen durch strikte Isolation zum Umlenken
18 gezwungen werden. Beim Einsatz von Hilfe müssen den Ländern genügend Mittel und
19 Know-How zur Verfügung gestellt werden um endgültig aus ihrer Misere herauszukommen
20 (Big-Push). Ein wichtiger Schritt dazu, Ländern aus der Armutsfalle zu helfen, ist die
21 Entschuldung um den Staaten wieder Handlungsspielraum zu ermöglichen.

22

23 Alle Arten von Warentermingeschäften, Leerverkäufen und Spekulationen mit
24 Grundnahrungsmitteln zur reinen Geldvermehrung müssen untersagt werden. Der Handel mit
25 Lebensmitteln muss das reale Angebot und die reale Nachfrage abbilden, sodass sich eine
26 stabile Versorgung einstellt und Lebensmittel auf kürzesten und günstigen Weg zum
27 Endverbraucher transportiert werden können. Gleichzeitig müssen die europäischen Staaten
28 auf internationalen Konferenzen für die globale Umsetzung dieser Verordnungen kämpfen.

29

30 Wir fordern die Abschaffung von Subventionen und Zölle auf landwirtschaftliche Produkte.
31 Ausländischen Produzenten muss ein gerechter Zugang zu unseren Märkten ermöglicht sein.
32 Der Export von Überproduktionen darf nicht durch Exportsubventionen künstlich rentabel
33 gemacht werden.

34

35 Es müssen Gesetze erlassen werden, die die Einfuhr von Waren aus Land-Grabbing
36 verbieten. Des weiteren bedarf es eine Charta, die die Einhaltung der Menschenrechte
37 einfordert, fremde Ressourcen achtet und die Investitionen in Partnerländer regelt, an die sich
38 europäische Unternehmen halten müssen.

39

40 Die Gesetze zur Ethanolquote (E10) sind zurückzunehmen. Stattdessen muss eine Norm zur
41 Gewinnung von Ethanol erarbeitet werden, die auflistet welche Produkte zur Gewinnung
42 verwendet werden dürfen. Wir fordern, dass ein Fördertopf zur Erforschung alternativer
43 Antriebe eingeführt wird, die uns tatsächlich von der Abhängigkeit vom Erdöl wegführt.

44

45 Patente auf Lebensmittel und Schädlingsbekämpfungsmitteln gehören verboten. Es muss ein
46 internationales Abkommen erarbeitet werden, dass den die Weitergabe technologischen

1 Fortschritts ermöglicht und so die Abhängigkeit der Menschen von der Natur- und
2 Umweltkatastrophen schmälert.

3 Begründung:

4 **Die Welt in der wir leben**

5 In den letzten Jahren sind die Lebensmittelpreise stark angestiegen und daher ist für viele
6 Menschen in ärmeren Ländern eine ausreichende Ernährung unerschwinglich geworden. Die
7 Folgen sind Unterernährung, Mangelerscheinungen und eine hohe Kindersterblichkeitsrate.

8

9 Grund dafür sind die künstliche Verknappung und Verteilungsengpässe auf den
10 internationalen Märkten. Leidtragende sind Menschen mit zu geringem Einkommen um eine
11 angemessene Lebensmittelversorgung zu bezahlen. Diese Ursachen können natürlich
12 bedingt sein (Klimawandel, Ausbreitung von Wüsten) aber auch von Menschen erzeugt
13 werden (Patente, Handel, Spekulationen).

14

15 In der modernen Welt, in der ausreichend Technologie und Informationen zur Verfügung
16 stehen, kann eine solche Situation nicht länger hingenommen werden. Ein Bündel aus
17 Lösungen kann das Leid vieler Menschen in kurzer Zeit lindern und der Weltbevölkerung
18 einen gerechten Anteil an dem Wohlstand von heute garantieren. Dafür müssen aber auch
19 wir umdenken.

20 **Flächenmangel aufgrund Klimawandel**

21 Die globale Erwärmung und die immer stärkeren Wetterextrema führen in weiten Teilen der
22 Welt zum Rückgang von Agrarflächen¹. Dies kann durch die Ausbreitung von Wüsten, dem
23 Anstieg des Meeresspiegels und die damit zusammenhängende Versalzung des
24 Grundwassers oder durch häufiger eintretende Unwetter geschehen.

25

26 Immer mehr Landstriche in armen Regionen dieser Welt werden unfruchtbar². Daher ist eine
27 Effizienzsteigerung auf den noch verbleibenden Anbaugeländen dringend notwendig. Auch
28 muss über eine gerechtere Verteilung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Wald, Rohstoffe)
29 nachgedacht werden um den betroffenen Menschen auch in Zukunft noch eine zuverlässige
30 Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten.

31

32 Es ist wichtig die von dem Klimawandel betroffenen Regionen moderne Agrartechnik zur
33 Verfügung zu stellen³. Es muss zwischen den Regionen und den Industrienationen eine
34 Kooperation eingegangen werden um die dazu benötigte Infrastruktur aufzubauen. Dazu
35 zählt die Bereitstellung von Technologie als auch die Schulung von Fachkräften vor Ort, die
36 wissen, wie die neuen Anbautechniken sinnvoll einzusetzen sind. Das Ziel muss es sein, dass
37 die Erzeugnisse vor Ort den eigenen Bedarf decken und langfristig ein Anteil der Produktion
38 auf dem Weltmarkt gehandelt werden kann.

1 Millennium Ecosystem Assessment, 2005, World Resources Institute, Washington, DC Ecosystems and Human Well-Being, Aufruf vom 22. 11. 2011, <http://www.millenniumassessment.org/documents/document.355.aspx.pdf>

2 Jérôme Cholet, Das Parlament, Die schleichende Katastrophe, Aufruf vom 22. 11. 2011 <http://www.das-parlament.de/2010/32-33/Titelseite/30783436.html>

3 Jeffrey D. Sachs, Das Ende der Armut, Seite 316f, Seite 345f
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005

1 Land Grabbing unterbinden

2 Um den steigenden Konsum der Schwellenländer und den wachsenden Ansprüchen der
3 Industriegesellschaften decken zu können, werden immer neue Agrarflächen außerhalb der
4 eigenen Anbaugeländen gesucht. Dazu errichten ausländische Investoren große
5 Landwirtschaftsbetriebe in Entwicklungsländern und exportieren die dort produzierten
6 Erzeugnisse zurück in ihre Heimatländer. Häufig werden Fachkräfte und Maschinen aus dem
7 eigenen Land mitgebracht⁴. Somit liegt die gesamte Wertschöpfungskette weiterhin bei den
8 investierenden Ländern⁵.

9

10 Zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Landwirtschaft decken ausschließlich den
11 notwendigen Bedarf zur Ausfuhr der Güter. Auf das dort bestehende Ökosystem und die
12 vorherrschenden sozialen Gefüge wird in vielen Fällen keine Rücksicht genommen⁶.

13

14 Die Kreativität, mit der die Missachtung des Eigentums immer neue Formen einnimmt, kennt
15 keine moralischen Grenzen. Die Enteignung von Land zum Anbau von Getreide, die
16 Verschwendung von Wasser in Wüstenregionen zum Waschen von Uran⁷ und das
17 Überfischen in den Hoheitsgebieten afrikanischer Länder⁸ sind nur wenige Beispiele die sich
18 die internationalen Konzerne ausgedacht haben.

19

20 Die Gesellschaften müssen an Effizienzsteigerungen und Gewinnmargen die in ihrem Land
21 erzielt werden gerecht beteiligt werden. Es dürfen keine ausländischen Investitionen
22 genehmigt werden ohne die lokale Bevölkerung an den Projekten teilhaben zu lassen oder
23 gar die Eigentumsverhältnisse der Menschen zu missachten. Nur Ländereien dessen
24 Eigentümer der Entschädigungszahlungen zugestimmt haben, dürfen verkauft werden. Bei
25 dem Erwerb der Grundstücke müssen gerechte Pachtgebühren an den Staat oder sonstigen
26 Eigentümer abgeführt werden. Auf lokale ökologische Besonderheiten ist zu achten.

27 Umdenken bei Agrar-Sprit

28 In vielen Industrieländern wird dem herkömmlichen Benzin und Diesel Ethanol beigemischt,
29 damit die Abhängigkeit von Ölimporten gemindert wird. Um den großen Bedarf decken zu
30 können, werden große Flächen herkömmlicher Lebens- und Futtermittelproduktionen zum
31 Anbau von Pflanzen zur Gewinnung von Ethanol verwendet⁹. Die Subventionierung durch
32 EU und USA führt zur starken Verdrängung bisheriger Räume der Nahrungsmittelproduktion
33 und damit zur Verknappung des internationalen Angebots.

34

4 taz.de, „Land Grabbing“: Ein Gebiet so groß wie Westeuropa, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.taz.de/Land-Grabbing/!78650/>

5 Wuppertal Institut, Qualität statt Masse, Seite 10f, Aufruf vom 22. 11. 2011
http://www.wupperinst.org/globalisierung/pdf_global/qualitaetstattmasse.pdf

6 theguardian.co.uk, Oxfam warns of spiralling land grab in developing countries, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.guardian.co.uk/environment/2011/sep/22/oxfam-land-grab-developing-countries>

7 NAMIBIA EQUITY BROKERS (PTY) LIMITED, Uranium Awareness Report, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.xemplar.ca/pdf/100412-Uranium%20Awareness%20Report-%20Will%20the%20dust%20settle%20-%20Final.pdf>

8 WWF, Europas Beutezug vor Afrikas Küsten, Aufruf vom 22. 11. 2011
http://www.wwf.de/presse/details/news/europas_beutezug_vor_afrikas_kuesten/

9 Wirtschaftswoche, Biokraftstoff ist klimapolitischer Unfug, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/biokraftstoff-ist-klimapolitischer-unfug-458309/>

1 Ethanol darf die bisherigen Produktionsflächen von Nahrungsmitteln nicht verdrängen. Auch
 2 darf die Herstellung von Ethanol nicht durch Einsatz neuer Anbauflächen garantiert sein.
 3 Ausschließlich Reste, die zur weiteren Verarbeitung nicht geeignet sind, dürfen zur
 4 Gewinnung von Ethanol verwendet werden. Die Subventionierung muss gestoppt werden.
 5 Weiterhin muss die Erforschung alternativer Antriebstechnologien gefördert werden.

6 **Aufhebung der Patente auf Saatgut und Pestizide**

7 Der überwältigende Anteil an Saat, der jedes Jahr auf diesem Planeten ausgesät wird, ist
 8 gentechnisch verändert. Hauptgesichtspunkt ist, dass damit die Ernte pro Fläche stark erhöht
 9 werden kann und auch Lebensmittel angebaut werden können, die unter den
 10 vorherrschenden Bedingungen normalerweise nicht wachsen würden.

11
 12 Alle modifizierten Sorten sind durch internationale Patente geschützt. Landwirtschaftliche
 13 Betriebe, die sich für den Einsatz entschieden haben, akzeptieren hohe Lizenzgebühren an
 14 die Hersteller. Werden diesen Forderungen nicht nachgekommen, gehen die Konzerne mit
 15 großer Härte gegen die Sünder vor, auch wenn diese nachweislich kein patentiertes Saatgut
 16 verwendet haben¹⁰. Mit der aggressiven Ausbreitung des sogenannten „Terminator-Saatgut“,
 17 dass die Fruchtbarkeit der Nutzpflanzen unterbindet¹¹ und somit die eigene Nachzucht für die
 18 folgende Aussaat verhindert, steigt die Abhängigkeit von den Saatgut Anbietern noch weiter.

19
 20 Die Vorgehensweise bei den internationalen Pestizidherstellern ist frappierend ähnlich¹². Alle
 21 Menschen dieser Welt sind maßgeblich von dem Einsatz moderner
 22 Schädlingsbekämpfungsmitteln abhängig, da ein Wegfall dieser die Ernten deutlich minimieren
 23 würde. Auch hier verlangen die Hersteller horrenden Lizenzzahlungen beim Einsatz.

24
 25 Die internationale Politik muss sich von der Umklammerung der transnationalen
 26 Großkonzerne befreien und die Patentierung von lebensnotwendigen Modifizierungen in der
 27 modernen Landwirtschaft verbieten. Nur so ist eine stabile, nachhaltige und kostengünstige
 28 Nahrungsmittelproduktion weltweit gewährleistet.

29 **Spekulationen verschärfen das Problem**

30 Wenige Menschen verdienen Geld am Handel mit Nahrungsmitteln¹³. Mit
 31 Warentermingeschäften wetten Spekulanten auf den Anstieg der Preise und nutzen
 32 natürliche und künstliche Engpässe in der Nahrungsmittelproduktion aus um Gewinne zu
 33 erzielen¹⁴¹⁵¹⁶. Viele gehandelten Zertifikate sind nicht mehr durch tatsächliche Waren

10 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, Seite 78f, 239
 Bertelsmann, 4. Auflage, 2005

11 Forum Umwelt und Entwicklung, Schluss mit dem Terminator-Saatgut, Aufruf vom 22. 11. 2011
http://www.forumue.de/index.php?id=58&tx_ttnews%5Btt_news%5D=205&cHash=f69f23cbc13a5783f4cca82435a4a323

12 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, Seite 216f
 Bertelsmann, 4. Auflage, 2005

13 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, Seite 217
 Bertelsmann, 4. Auflage, 2005

14 Evangelischer Pressedienst, Welthungerhilfe fordert Grenzen für Lebensmittel-Spekulationen, Aufruf vom
 22. 11. 2011, <http://www.epd.de/zentralredaktion/epd-zentralredaktion/schwerpunktartikel/welthungerhilfe-fordert-grenzen-für-lebensm>

15 Deutsche Welle, Biokraftstoff verteuert Lebensmittel, Aufruf vom 22. 11. 2011
http://mediacenter.dw-world.de/german/video/#!/286329/Biokraftstoff_verteuert_Nahrungsmittel

1 gedeckt, sodass auf dem Markt mit mehr Lebensmitteln gehandelt wird, als tatsächlich zum
 2 Verzehr vorhanden ist¹⁷. Dies führt zu falschen Anreizen für Landwirte, die, in der Hoffnung
 3 auf höhere Gewinnmargen, ihre Anbauflächen verwenden um Lebensmittel zu produzieren,
 4 die nicht von der Mehrheit der Menschen benötigt wird. Auch führen die Aufschläge der
 5 Händler zu unnatürlich hohen Preisen bei den Endverbrauchern.

6
 7 Es darf keine Spekulationen auf Grundnahrungsmittel geben. Die Erzeugnisse müssen auf
 8 kürzestem und günstigsten Weg vom Produzenten zum Verbraucher gebracht werden. Der
 9 spekulative Handel mit Lebensmitteln muss verboten werden. Die Landwirte müssen den
 10 Anreiz haben die von den Menschen gewünschten Nahrungsmittel in ausreichendem Maße
 11 anzubauen.

12 **Öffnung der westlichen Märkte**

13 Alle großen Abnehmerländer von Lebens- und Futtermittel, schotten ihre Märkte mit hohen
 14 Importzöllen vor ausländischen Anbietern ab¹⁸. Die zusätzliche, konkurrenzlose Subvention¹⁹
 15 der Industrienationen in die heimische Agrikultur macht es entwickelnden Ländern nahezu
 16 unmöglich in westliche Märkte einzudringen. Dabei ist gerade eine stabile und
 17 exportorientierte Landwirtschaft für den Aufstieg aus der Armut dringend notwendig.

18
 19 Stattdessen werden Überproduktionen aus unseren Ländern günstig in arme Länder
 20 abgestoßen. Exportsubventionen senken den Preis der Waren noch weiter, sodass sie
 21 günstiger als die dort hergestellten Produkte sind und daher von den Kunden bevorzugt
 22 werden²⁰. Die verbleibende Lebensmittelproduktion vor Ort ist nicht mehr rentabel²¹. Somit
 23 wird die Wertschöpfungskette in armen Ländern zerstört. Geschätzt 1,4 Millionen Menschen
 24 werden durch diese Politik in Armut geschickt²².

25
 26 Um Zugang zu unseren Märkten zu erhalten werden Entwicklungsländer häufig gezwungen
 27 ihre Märkte für europäische Produkte zu öffnen²³. Dies führt zur noch stärkeren
 28 Überschwemmung der Länder mit westlichen Produkten. Zusätzlich werden nicht selten die

16 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, Seite 30ff

Bertelsmann, 4. Auflage, 2005

17 Der Westen, Hohe Schokopreise machen Süßwarenhersteller sauer, Aufruf vom 22. 11. 2011

<http://www.derwesten.de/nachrichten/wirtschaft-und-finanzen/Hohe-Schokopreise-machen-Suesswarenhersteller-sauer-id3427067.html>

18 Spitzeneinfuhrzölle, die tageszeitung vom 02.09.2003, Seite 3, Aufruf vom 22. 11. 2011

<http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/03/daten/einfuhrzoelle.htm>

19 Subventionen in die Landwirtschaft, DIE ZEIT, 39/18.9.03, S.22; Quelle: OECD, Aufruf vom 22. 11. 2011

<http://www.agenda21-treffpunkt.de/daten/weltagrarmarkt.htm>

20 Tagesschau.de, Wie Europas Billigmilch Afrikas Märkte zerstört, Aufruf vom 22. 11. 2011

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/milchgift112.html>

21 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, Seite 149ff

Bertelsmann, 4. Auflage, 2005

22 SWR, Report Mainz, Neue EU-Exportsubventionen verschärfen Hunger in Afrika, Aufruf vom 22. 11. 2011

<http://www.swr.de/report/presse/-/id=1197424/nid=1197424/did=3456870/skip2y/index.html>

23 Thomas Fritz, Die Liberalisierungsoffer, Aufruf vom 22. 11. 2011

http://www.miprox.de/Sonstiges/Die_Liberalisierungsoffer.html

1 „Kooperationsverträge“ dazu genutzt, günstig unsere Müll zu entsorgen²⁴ und somit die
2 strengen Entsorgungsrichtlinien in Europa zu umgehen.

3 **Aufhebung der Abhängigkeit der Entwicklungsländer**

4 Der Welthandel wird seit Langem von den reichen Industrienationen festgelegt. Bei den
5 Verhandlungen wurden einflusslose Länder übergangen²⁵. Ihnen ist bis heute die Teilnahme
6 am internationalen Güterverkehr oft nur durch die Übernahme westlicher Forderungen
7 möglich. Dies reicht bis zur Enteignung von Land und ihrer natürlichen Ressourcen^{26,27}.

8
9 Auch profitieren große internationale Konzerne in vielen Ländern durch unmenschliche
10 Arbeitsbedingungen und Löhne die für ein anständiges Leben nicht ausreichen. Häufig
11 werden internationale Standards wie der Verbot von Kinderarbeit umgangen um die
12 Herstellungskosten noch weiter zu drücken. Aus Mangel an Alternativen sind die Menschen
13 gezwungen sich diesen Vorgaben zu unterwerfen²⁸.

14
15 Oft werden Entwicklungshilfegelder nicht richtig eingesetzt. Nach vielen Jahrzehnten
16 intensiven Geldtransfers ist in manchen Ländern bis heute keine stabile Infrastruktur
17 entstanden²⁹. Dies ist zum Einen auf mangelnde Überprüfung der Verwendung von Geldern
18 geschuldet³⁰. Viele Gelder werden in undurchdachte Projekte investiert, die keinen Anstieg
19 des Lebensstandards in Folge haben. Zum Anderen führt der Zufluss von ausländischen
20 Kapitals zu einer hohen Inflationsrate („Holländische Krankheit“)³¹. Für die Menschen in den
21 betroffenen Regionen wird somit die Möglichkeit verwehrt durch Produktivitätszuwächse eine
22 gerechte Chance im Handel zu erhalten³².

23
24 Der internationale Welthandel muss neu geordnet werden. Alle Länder müssen eine gerechte
25 Chance haben ihre Erzeugnisse überall vermarkten zu können. Gerade die abgehängten
26 Länder müssen dabei eine offene und faire Entwicklung garantiert bekommen. Es geht nicht
27 darum neue Märkte für westliche Unternehmen zu erschließen, sondern den westlichen
28 Konzernen ebenbürtige Konkurrenz aus armen Ländern entgegenzustellen.

29

24 Spiegel Online, Müll, Moneten, Mafia, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,618414,00.html>

25 Jean Ziegler, Der Hass auf den Westen, Seite 57ff
Bertelsmann, 4. Auflage, 2009

26 Pia Eberhardt/Attac und Nicola Sekler/WEED, Wo Welthandel drauf steht, ist keiner drin, Aufruf vom
22. 11. 2011, <http://www.staytuned.at/sig/0025/32891.html>

27 Informationen zur Globalisierung, Nachteile der Globalisierung, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.globalisierung-fakten.de/globalisierung/nachteile-der-globalisierung.html>

28 ZEIT Online, Kaffee ist ihr Schicksal, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.zeit.de/2002/49/Kaffeekrise>

29 William Easterly, Wir retten die Welt zu Tode, Seite 55ff
Campus Verlag, Frankfurt, 1. Auflage, 2006

30 Spiegel Online, Probleme verschwinden nicht durch Säcke mit Reis und Mais, Aufruf vom 22. 11. 2011
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-785958,00.html>

31 Paul Collier, Die unterste Milliarde, Seite 59ff
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008

32 Paul Collier, Die unterste Milliarde, Seite 156ff
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008

1 Entwicklungshilfe darf nicht als Waffe zur Erpressung von Vorteilen der Geberländer
2 verwendet werden³³. Sie soll von den Regierungen vor Ort den dortigen Gegebenheiten
3 angepasst werden. Gleichzeitig müssen die Geber bereit sein Auflagen zu entwerfen und
4 diese zu überprüfen. Entwicklungshilfe soll dazu dienen die ärmsten Länder aus ihrer
5 Abhängigkeit zu führen und helfen selbständig eigene Produkte zu erzeugen.

6 **Erlassung der Schulden der ärmsten Länder**

7 Wie stark viele Länder bereits in die Abhängigkeit ihrer Gläubiger gerutscht sind, zeigt ein
8 Blick auf die Tilgungszahlungen ihrer Schulden. Erhebliche Anteile ihrer Einnahmen fließen in
9 Form von Zinsen wieder zurück an die westlichen Industriestaaten³⁴. In vielen Ländern ist
10 deswegen eine ausreichende Sozialversorgung der Bevölkerung nicht mehr möglich.

11
12 Um diesen Ländern wieder eine Perspektive und Handlungsfähigkeit zu geben, ist es
13 dringend geboten ihnen ihre Schulden zu erlassen. Die Abhängigkeit vom Westen und die
14 damit verbundene Einmischung in ihre Politik kann damit gesenkt werden. Das verschafft
15 diesen Ländern ihren notwendigen Spielraum um der Bevölkerung ein menschenwürdiges
16 Leben zu ermöglichen und sich den zukünftigen Problemen in ihren Gesellschaften zu stellen.

17

18 **- Zur Weiterleitung an die Juso Landeskonferenz und die Juso Bundeskonferenz –**

33 Jean Ziegler, Der Hass auf den Westen, Seite 57ff

Bertelsmann, 4. Auflage, 2009

34 Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, Seite 78f, 83

Bertelsmann, 4. Auflage, 2005

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Im März 2011 hat der Rat der Stadt Wuppertal weitere Teile des vom Oberbürgermeister und
4 Kämmerer vorgeschlagenen Haushaltssicherungskonzeptes beschlossen. Mit Einsparungen
5 im Volumen von 80 Mio. Euro jährlich sollen so bis zum Jahr 2014 216 Mio. Euro eingespart
6 werden. Sparen war für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler nichts Neues, handelte es
7 sich doch bereits um das 10. Haushaltssicherungskonzept. Gegenüber vorherigen
8 Einsparvorschlägen hatte das letzte Haushaltssicherungskonzept aber eine andere
9 Ausrichtung. Es war radikaler, es war umfassender und es blieb nahezu kein Bereich des
10 städtischen Lebens unberührt. Dies zeigte sich letztlich auch an der stark emotionalisierten
11 Debatte über das Haushaltssicherungskonzept in der SPD und an dem Umstand, dass bis
12 heute noch nicht alle Maßnahmen des HSK politisch beschlossen wurden.

13

14 „Sparen um zu gestalten“ war der Titel des letzten Haushaltssicherungskonzeptes. Schon der
15 Titel war verfehlt, denn Gestaltungsmöglichkeiten konnten Politik und Verwaltung dadurch
16 nicht erlangen. Die Folgen werden aber nachhaltig für Veränderungen in unserer Stadt
17 sorgen. Die Schließung von Schwimmbädern, die Reduzierung städtischer Leistungen und
18 vermindertes Angebot durch weniger Personal im öffentlichen Dienst, Einschränkungen im
19 Sozial- und Jugendbereich und zuletzt auch Auswirkungen auf die Kulturlandschaft in unserer
20 Stadt sind oder werden unmittelbare Folge sein.

21

22 Für uns Jusos ist daneben festzuhalten, dass Politik sich hinter den Vorschlägen der
23 Verwaltung versteckt hat und der Mut zu eigenen Beschlussvorschlägen und frühen
24 Entscheidungen gefehlt hat. Erst der Unterbezirksparteitag der SPD im März dieses Jahres
25 hat für die Partei Möglichkeiten eröffnet, das Haushaltssicherungskonzept umfassend zu
26 diskutieren und Positionen auszuarbeiten. Eine Aufgabe, der sich die Politik seit der
27 Veröffentlichung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes hätte stellen müssen und
28 nicht gestellt hat. Die SPD ist eine Beteiligungspartei und die SPD ist eine Programmpartei.
29 Davon war in der Debatte um die Einsparvorgaben wenig zu merken. Daher erneuern wir
30 Jusos unsere Kritik an der Art und Weise des Umgangs mit solchen Fragen in unserer Partei
31 und erwarten eine stärkere und frühere Einbindung der Parteibasis bei solchen Themen. Wir
32 sind es uns selbst schuldig, programmatisch Kurs zu halten und die Basis zu beteiligen,
33 gerade wenn es kontroverse Diskussionen gibt. Nur damit bleibt die Politik der SPD in
34 Wuppertal verlässlich und macht sich unabhängig von externer Einflussnahme. Leidenschaft,
35 Beharrlichkeit und Augenmaß sind die Tugenden, zu der die SPD in dieser Debatte
36 zurückfinden muss. Die große Kooperation ist nicht Mittel zum Zweck. Sie muss genutzt
37 werden, um sozialdemokratische Politik und Pogrammatik durchzusetzen und nicht
38 Mehrheitsbeschafferin für Interessen von Oberbürgermeister und Kämmerer sein.

39

40 **Wuppertal 2016 – Der Stärkungspakt Stadtfinanzen – Unsere Anforderungen**

41

42 Mit zusätzlichen Mitteln im Nachtragshaushalt 2010, in den Gemeindefinanzierungsgesetzen
43 2011, in dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 und dem Stärkungspakt Stadtfinanzen
44 kam und kommt die rot-grüne Landesregierung endlich der kommunalen Forderung nach
45 einer Erhöhung der finanziellen Zuweisungen an die Kommunen nach. An dieser Stelle
46 gebührt unser ausdrücklicher Dank den Wuppertaler Landtagsabgeordneten, die für

1 Wuppertaler Interessen gekämpft haben und erfolgreich waren. Ihr habt Wort gehalten und
2 Wahlkampfversprechen Taten folgen lassen!

3
4 Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen kommt aber auch die Debatte, um ein weiteres
5 Haushaltssicherungskonzept, zu dessen Aufstellung die Stadt gesetzlich verpflichtet ist. Sich
6 Einsparmaßnahmen kategorisch zu entziehen, halten wir für verkehrt. Eine pauschale
7 Beurteilung verbietet sich daher. Nach welchen Maßstäben wollen wir aber das kommende
8 Haushaltssicherungskonzept bewerten? Mit den Festlegungen im Kommunalwahlprogramm
9 steht die SPD für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge. Auch hier gilt es
10 Wort zu halten! Der Staat muss nicht selber alles leisten, aber er muss den Zugang zu den
11 öffentlichen Gütern für alle Menschen gewährleisten. Kernbereiche öffentlicher
12 Daseinsvorsorge dürfen nicht mit Blick auf Renditeerwägungen und Einsparpotentialen der
13 Preisgabe ausgesetzt werden. Wir Jusos fordern daher:

- 14 • Das Leitbild unserer Politik muss die solidarische Stadt sein, die allen Bewohnerinnen
15 und Bewohnern zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und
16 kulturellen Leben einlädt. Daran müssen Einsparmaßnahmen zuerst gemessen
17 werden und sind abzulehnen, wenn sie diesem Leitbild entgegenstehen.

18
19 Kein politisches Vorhaben von heute kann bewertet werden, ohne den Blick auf das Morgen,
20 auf die künftigen Generationen zu werfen. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind
21 zwei Begriffe, die dann schnell Hochkonjunktur haben. Wer Schuldenabbau im Sinne der
22 Entlastung künftiger Generationen betreibt und ihnen ungeahnte Handlungsspielräume
23 verspricht, wird schnell von Kritik am eigenen Tun befreit, scheint doch der Anspruch
24 moralisch unangreifbar. So wird dann angestrebte, staatliche Askese im Hier und Jetzt zum
25 Heilsversprechen für die künftigen Generationen. Wir Jusos verstehen aber
26 Generationengerechtigkeit als die Herstellung von mindestens gleichen Lebenschancen für
27 nachfolgende Generationen. Heute abverlangte Kürzungen verstärken Ungleichheiten und
28 schaffen damit gerade keine Ausgangssituation, die mehr Teilhabe und
29 Verteilungsgerechtigkeit in der Zukunft verheißt. Nachhaltiger Erhalt von Ressourcen und
30 Strukturen ist damit eines der zentralen Grundprinzipien politischen und wirtschaftlichen
31 Handelns aus unserer Sicht. Politik müssen wir von unserem Bild von der Gesellschaft her
32 gestalten; durch demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und
33 kulturelle Teilhabe. Wir Jusos fordern daher:

- 34 • Die SPD muss die eigene Programmatik noch stärker auf das Prinzip der
35 Nachhaltigkeit ausrichten. Wir setzen auf Fortschritt, Bildung und Qualifizierung, um
36 nachhaltige Entwicklungen zu ermöglichen. Die Ansiedlung von technischen und
37 wirtschaftlichen Exzellenzbetrieben in Kooperation von Partnern vor Ort muss eines
38 der zentralen politischen Ziele werden.
- 39 • Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht kontinuierlich ansteigende
40 öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Es gilt auch in
41 finanziell schwierigen Zeiten Handlungsmöglichkeiten und Konzepte mit Hilfe der EU,
42 des Bundes und des Landes zu entwickeln.

43
44 Gerade die junge Generation ist mit vielfältigen sozialen Problemen konfrontiert, die von der
45 SPD aufgegriffen werden müssen. Unter anderem Alleinerziehenden, BerufsanfängerInnen,
46 jungen Familien, jungen berufstätigen Frauen, Menschen mit Behinderung,
47 Niedrigqualifizierten, jungen AkademikerInnen, Auszubildenden und
48 Ausbildungsplatzsuchenden werden allzu oft Steine in den Weg gelegt. Die SPD muss sich
49 gezielt auf die sozial-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Wahrnehmung dieser
50 Interessen konzentrieren. Wir Jusos fordern daher:

- 1 • Weitere Kürzungen im Jugend-, Bildungs- und Sozialbereich wird die SPD nicht
2 mittragen. Dort wo Personal, Mittel und Möglichkeiten fehlen, werden Lösungsansätze
3 gesucht, entwickelt und umgesetzt. Die Betreuung von Jugendlichen und den
4 Interessen junger Menschen muss am Bedarf orientiert sein und nicht am Aufwand.
- 5 • Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Perspektiven muss in der Entwicklung der Stadt
6 endlich Priorität erhalten. Letztlich kann damit auch der Schrumpfung entgegen
7 gewirkt werden, die vielerorts als Ursache für Kürzungsnotwendigkeiten ins Feld
8 geführt wird.

9
10 Richtig ist: Opposition ist Mist. Richtig ist aber auch, dass Regieren und die Übernahme von
11 Verantwortung kein Selbstzweck ist. Die Politik der SPD muss gut sein und nicht bloß weniger
12 schlecht als die der anderen. Die Wuppertaler Sozialdemokratie und auch die Jusos müssen
13 sich daher in den kommenden Jahren ein Stück weit neu erfinden und die Debatten angehen,
14 denen wir in letzter Zeit, insbesondere im Kulturbereich, aus dem Weg gegangen sind. Wir
15 müssen über den Tellerrand schauen, um die Kraft für einen Kurs der nachhaltigen
16 Entwicklung von Perspektiven zu finden und hierfür mit Leidenschaft und Überzeugung
17 streiten. Wir Jusos glauben, dass dieser Kurs nicht in der Begleitung von alternativlos
18 betitulierten Kürzungsszenarien liegen kann. Die SPD muss innovativer sein und sein können.
19 Wir Jusos Wuppertal fordern deshalb:

- 20 • Die SPD lehnt Kürzungsvorschläge nach Art, Umfang und Ansatz des letzten
21 Haushaltssicherungskonzeptes in der neuen Debatte von vornherein ab. Der Drops ist
22 gelutscht und mehr Einsparungen gehen in diesen Bereichen schlicht nicht.
- 23 • Die SPD lehnt weiteren Abbau von städtischem Personal als indirekten Weg zum
24 Abbau von Leistungen ab.
- 25 • Die SPD fordert eine Verbreiterung der Einnahmen durch zusätzliche und neue
26 Steuern. Insbesondere die Erhebung einer Bettensteuer und die Anhebung der
27 Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sind zu prüfen.
- 28 • Die SPD fordert eine Überprüfung von Konsolidierungsbeiträgen im städtischen
29 Beteiligungsportfolio ohne Tabus.

30
31 In Wuppertal muss endlich Schluss sein mit einer Debatte des „Weniger ist mehr“. Die
32 negativen Auswirkungen auf das Image der Stadt haben und werden nachhaltigen Schaden
33 hinterlassen. Wir Jusos weigern uns einen Kurs mitzutragen, der nur auf Abbau gerichtet ist.
34 Investitionen in die Zukunft muss nun das Motto lauten, dem sich alle gesellschaftlichen Kräfte
35 nun zuordnen.

36
37 **- Zur Weiterleitung an den SPD Unterbezirksparteitag -**

1 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wuppertal soll zukünftig offensiv und selbstbewusst für sich werben. Dazu gehört der
4 Zusatz "Schwebbahnstadt" auf Ortseingangsschildern. Mit diesem offiziellen Zusatz
5 kann Wuppertal seine Einzigartigkeit bekannt machen. Das stiftet Identität und stärkt
6 das Wuppertaler Selbstbewusstsein. Es sollen nur Schilder ausgetauscht werden, die
7 ohnehin ausgewechselt werden müssen.

8
9 Begründung:

10
11 Aus gutem Grund hat die SPD-geführte Landesregierung mit dem SPD-geführten
12 Innenministerium dies möglich gemacht. Der Landtag hat jetzt mit großer Mehrheit die
13 entsprechenden Änderungen der Gemeindeordnung und der Kreisordnung
14 beschlossen. Wuppertal muss die Chance nutzen, seine Einzigartigkeit
15 selbstbewusster zu vertreten und das Selbstbewusstsein der Stadt stärken.

16
17 Unter www.spdrat.de erreicht man die Homepage der SPD-Ratsfraktion. Die Domain
18 enthält bereits ein "spd", dennoch prangt ein großes fettes Logo auf der Seite. Ebenso
19 auf Wahlplakaten. Binsenweisheiten muss man nicht zu Markte tragen. Eben doch!

20
21 Wuppertal darf sich nicht allein auf die Schwebbahn konzentrieren. Warum zum
22 Beispiel gibt in der Stadt noch kein Aspirin-Museum? Mehr Kreativität muss her!

23
24 Ja, die Ortseingangsschilder von Paris haben nicht den Zusatz "Eifelturmstadt". Paris ist
25 nicht durch eine drohende Theaterschließung bundesweit in die Schlagzeilen geraten.
26 Äpfel kann man nicht mit Birnen vergleichen. Wuppertal muss die Chance nutzen,
27 seine Einzigartigkeit offensiv zu vertreten und das Selbstbewusstsein der
28 Wuppertalerinnen und Wuppertaler stärken.

1 **Gemeinsame Verantwortung für individuelle Wege –** 2 **Leitlinien und -fragen einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** 3 **jenseits von Privatisierung**

4 5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

6
7 Die Jusos Wuppertal erachten die Pflege als eine der wesentlichen generationenübergreifen-
8 den humanitären Herausforderungen unserer Gesellschaft und fordern die NRWJusos sowie
9 die Jusos auf Bundesebene auf, zu dem Thema „Pflege“ im Allgemeinen wie zum Thema
10 „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ im Besonderen über intensive programmatische Arbeit
11 belastbare Konzepte und Lösungsmodelle zu entwickeln. Diese müssen die Bedürfnisse und
12 Interessen der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen oder Nahestehenden zugleich
13 berücksichtigen sowie im Rahmen des Lebensarbeitszeitkonzeptes (S1, Beschlussbuch La-
14 Ko 2011 NRWJusos) sozial und geschlechtergerecht unter besonderer Berücksichtigung der
15 Praktikabilität für untere Einkommensgruppen ausgestaltet sein.

16
17 Die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird perspektivisch angesichts der demogra-
18 phischen Entwicklung hin zu einer alternden, immer vielfältigeren und multikulturelleren Be-
19 völkerung mit steigenden Pflegebedürftigenzahlen zu einer zunehmend wichtigen gesamtge-
20 sellschaftlichen Aufgabe.

21 Individualisierung und Diversifizierung von Pflege, Pflegezeiten und Hilfeplänen, die stärker
22 als bisher gleichermaßen die jeweiligen persönlichen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen wie
23 der erwerbstätigen pflegenden Angehörigen in Abhängigkeit von ihrer Lebenssituation ge-
24 geschlechtergerecht und sozial gerecht berücksichtigen, sind eine sinnvolle und humane Ant-
25 wort. Der Aspekt der Individualisierung ist dabei dem grundsätzlichen Respekt vor der einzel-
26 nen Person zwecks Humanisierung der so unmittelbar Fragen der Würde und Scham berüh-
27 renden Pflegesituation geschuldet. „In einer Gesellschaft, in der der Entzug der elementaren
28 Freiheiten, sich zu bewegen und zu artikulieren, als ‚pflegeerleichternde Maßnahme‘ gelten
29 kann, mögen wir nicht leben, also altern.“ (L1, Beschlussbuch Außerordentliche LaKo 2010
30 NRWJusos, S.23]

31
32 Der schleichenden unsozialen und implizit geschlechterungerechten Privatisierung von Pfl-
33 gebelastungen sozialer und finanzieller Art, wie sie die Einführung einer kapitalgedeckten
34 Säule der Pflegeversicherung und das Modell der Familienpflegezeit der Bundesregierung
35 bedeuten, ist dabei entschieden entgegenzutreten. Individualisierung findet dabei nicht als
36 Individualisierung der Pflege, also Qualitätsverbesserung, sondern als Individualisierung und
37 Entsolidarisierung der Pflegeverantwortung und –lasten statt. Die Familienpflegezeit ist als
38 Kann-Bestimmung ohne Rechtsanspruch angelegt. Sie kommt faktisch nur für diejenigen in
39 Frage, die bei einer maximal zweijährigen Pflege mit 50-prozentig reduzierter Arbeitszeit vier
40 Jahre lang auf 25 Prozent ihres Einkommens verzichten können und über hinreichend siche-
41 re Arbeitsplätze verfügen. Arbeitsausfall wird ausschließlich über Lohnverzicht refinanziert.
42 Die private Pflichtversicherung geht einseitig zu Lasten der pflegenden ArbeitnehmerInnen.

43
44 Menschen, die sich entscheiden, pflegebedürftige Angehörige oder Freunde, Bekannte,
45 Nachbarn zeitweise selber ambulant häuslich zu pflegen, sollte diese Leistung als Pflegegar-

- 1 beit kraft flexibler Zeitkonten, Kündigungsschutzes, rentenrechtlicher Absicherung und finan-
2 zieller Abfederung gesellschaftlich auf eine Weise anerkannt werden, die zugleich einen fun-
3 damentalen Bruch in der Erwerbsbiographie und das Abrutschen in Armut und Abhängigkeit
4 von Sozialleistungen aufgrund von Pflege auf Seiten der Pflegenden wie der Pflegebedürfti-
5 gen zu verhindern hilft. Verdrängungseffekte zu Lasten der Erwerbstätigkeit insbesondere
6 weiblicher pflegender Angehöriger als Folge zwischenzeitlicher pflegebedingter Auszeiten
7 sind dabei unbedingt zu vermeiden.
- 8 Das aktuelle Konzept der SPD-Bundestagsfraktion sieht in Fortentwicklung des Pflegezeitge-
9 setzes aus der Ära Ulla Schmidt ein flexibles Zeitbudget von 1000 Stunden, zwecks Kompen-
10 sation ausgestattet mit einer von der Allgemeinheit getragenen Lohnersatzleistung, als Pfl-
11 gezeit vor. Die Freistellung bei kurzzeitiger Arbeitsverhinderung von bis zu 10 Tagen soll mit
12 einer Absicherung analog dem Krankengeld bei Kinderkrankung gekoppelt werden.
- 13 Die NRWJusos präferieren hingegen eine ins Lebensarbeitszeitmodell mit Zeitkonten integ-
14 rierte bzw. darin aufgehobene Lösung, wobei noch umfassender Klärungsbedarf hinsichtlich
15 der konkreten Ausgestaltung besteht, sowohl die lange Übergangsphase des Modellwechsels
16 wie auch insbesondere die Situation von Niedrigverdienern und Personen mit nicht ausrei-
17 chendem disponiblen Zeitbudget, z.B. als Konsequenz diskontinuierlicher Erwerbslaufbah-
18 nen, betreffend. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die gesetzliche Pflegeversicherung in
19 ihrer jetzigen Systematik nicht bedarfsorientiert ist und in der Regel real anfallende Kosten nur
20 anteilig abdeckt.
- 21 Generell ist – vor dem Hintergrund des Wunsches nach passgenauen, individualisierten Lö-
22 sungen – dafür Sorge zu tragen, dass eben diese Optimierung und Vielfalt nach Maßgabe
23 der jeweiligen Situation der Pflegenden und Pflegebedürftigen nicht zu einem Privileg Besser-
24 verdienender, die Wahlmöglichkeit innerhalb flexibilisierter Formen nicht zur abhängigen
25 Funktion des Einkommens und sozialen Status wird. Gegenwärtig zeichnet sich eine Ten-
26 denz zur Zwei- oder Drei-Klassen-Pflege ab, innerhalb derer die Bandbreite unterschiedlicher
27 Betreuungsvarianten nur höheren Einkommensgruppen offensteht.
- 28
- 29 Weitere Fragen, die die aktuelle Gesetzgebung zur Familienpflegezeit nicht zu kennen
30 scheint, sind zu stellen:
- 31
- 32 Gibt es einen integrierten, umfassenden Ansatz, der die Dimensionen Pflegeversicherung,
33 Gesundheitspolitik, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Inklusion und Kom-
34 munalfinanzierung in einer Gesamtschau berücksichtigt und kombiniert, da diese zusammen
35 die Stimmigkeit oder Orientierungslosigkeit der Pflege determinieren?
- 36 Wie ist politisch vor dem Hintergrund von häufiger Elternschaft in höherem Alter mit dem Um-
37 stand umzugehen, dass auf Pflegenden und Betreuende, vor allem Frauen, teilweise zeitgleich
38 die Belastung durch Beruf, Kindererziehung und Pflege zukommt oder zumindest die Heraus-
39 forderung Pflege unmittelbar an die Phase der Kinderbetreuung anschließt?
- 40 Und welche spezifischen Hilfen sind älteren Pflegenden kurz vor dem Eintritt in den Ruhes-
41 tand zu stellen?
- 42 Wie gelingt es generell, auf die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen und -situationen entspre-
43 chend unterschiedliche Antworten hinsichtlich Begleitung und Assistenz zu finden?
- 44 Wie kann eine größere Partnerschaftlichkeit der Geschlechter in der Pflegearbeit organisiert
45 und letztendlich ein Equilibrium zwischen Frauen und Männer in Betreuung und Pflege orga-
46 nisiert und stimuliert werden?
- 47 Wäre es nicht sinnvoll, in Zeiten der Diversifizierung der Lebens- und Familienformen, einer
48 hohen Zahl von Single-Haushalten und oft großer räumlicher Distanzen zwischen den Gene-
49 rationen einer Familie den Adressatenkreis von „nahen Angehörigen“ hin zur Kategorie „na-

- 1 hestehende Personen“ auszuweiten, zumal solche bereits praktisch regelmäßig als Be-
2 treuende und Pflegende, man denke an Formen der Nachbarschaftshilfe, aktiv sind?
3
- 4 Es empfiehlt sich insgesamt dringend die Ausgestaltung der Vereinbarkeit von Pflege und
5 Beruf innerhalb eines ganzheitlich gedachten Gesamtkonzeptes von professioneller Bera-
6 tung, Betreuung und quartierbezogenen Infrastrukturen (z.B. Quartiersmanagement, neue
7 Formen sozialen Zusammenlebens, Mehrgenerationenwohnen, aufsuchende Hilfe), das den
8 veränderten heutigen Lebenswirklichkeiten hinsichtlich Selbstbestimmung, Emanzipation und
9 Familie Rechnung trägt.
- 10 Eine weitere Professionalisierung und Qualitätssteigerung von Pflege und Betreuung im Be-
11 reich der ambulanten Pflegedienste, der haushaltsnahen Dienstleistungen sowie der teilsta-
12 tionären und stationären Einrichtungen tut not. Auch die Prüfung der Etablierung häuslicher
13 24-Stunden-Pflege als eine Möglichkeit macht Sinn, sofern dadurch Arbeitsverhältnisse aus
14 der Grauzone in die sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigung hinein-
15 geholt und neue gute Arbeitsplätze geschaffen werden können. Allein durch eine Kombination
16 von wohnortnahen Beratungsangeboten, Betreuungs- und Hilfsinfrastrukturen, die zuneh-
17 mend in Form von sozialbezogenen dezentralen „Geh-Strukturen“ anstelle von herkömmli-
18 chen „Komm-Strukturen“ ausgestaltet werden müssen, mit der Pflegeleistung von Angehöri-
19 gen oder nahestehenden Personen ist eine verbesserte Vereinbarkeit realisierbar.
20
- 21 Aktuell werden ca. zwei Drittel der Pflegebedürftigen ambulant zu Hause betreut und gepflegt.
22 Eine massive Umsteuerung hin zu einem wesentlich höheren Anteil stationärer Betreuung
23 stellt keine sinnvolle und anstrebenswerte Alternative dar, widerspräche sie doch dem Grund-
24 satz „ambulant vor stationär“, der auf möglichst lange Gewährleistung des Verbleibs in den
25 gewohnten eigenen vier Wänden abzielt, und wäre weiterhin weder finanziell darstellbar noch
26 überhaupt wünschenswert aus Achtung des Wunsch- und Wahlrechts und der Würde des
27 Menschen, d.h. des Willens der oder des Pflegebedürftigen.
28
- 29 Begründung: erfolgt ggf. mündlich.